

Aufzeichnung des Referenten Böker**Geheim****17. Februar 1951**

Während der Zeit vom 27. Januar bis 15. Februar habe ich in den Vereinigten Staaten die Städte New York, Washington, Boston, Chicago und San Francisco besucht und unter anderen mit folgenden Persönlichkeiten private Unterhaltungen geführt:

Herbert Hoover, früher Präsident der Vereinigten Staaten,

Senator Taft, Führer der Opposition im US Senat,

Senator Douglas, der heute als die führende Persönlichkeit auf der demokratischen Seite des Senats gilt,

Paul Nitze, Nachfolger von George Kennan als Leiter des politischen Planungsstabes des State Department,

George McGhee, Unterstaatssekretär für den Nahen Osten,

Dean Rusk, Unterstaatssekretär für den Fernen Osten,

Mr. Lewis, stellvertretender Leiter der Deutschlandabteilung im State Department,

Philipp Kaiser, Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium,

Allen Dulles, Bruder von John Foster Dulles und zur Zeit Vertreter des Leiters der Central Intelligence Agency (Geheimer Nachrichtendienst),

General William Donovan, früherer Partner der Anwaltskanzlei von F.D. Roosevelt und ehemaliger Leiter der OSS,

General Charles Saltzman, früherer Unterstaatssekretär für besetzte Gebiete,

General Robert E. Wood, im Ersten Weltkrieg Generalquartiermeister der amerikanischen Armee und heute Generaldirektor von Sears, Roebuck & Co.,

Fortsetzung Fußnote von Seite 106

Argumente machten aber auf ihn keinen Eindruck, er beharrte auf der starren Durchführung der 75 %-Klausel und auf der Auflösung des DKV. Der B[undes]K[anzler] gab in nichts nach, während McCloy sich zum Schluß kaum mehr an der sehr scharfen Diskussion beteiligte.“ Vgl. LENZ, Zentrum, S. 35.

Am 19. Februar 1951 berichtete McCloy dem amerikanischen Außenminister Acheson über das Gespräch mit Adenauer. Danach legte der amerikanische Hohe Kommissar dem Bundeskanzler zur Verbundwirtschaft dar: „I explained to him that this might well again give Ruhr steel companies power to expand their capacity and production when coal was in short supply and was limiting factor for rest of European steel industry. I stated that French felt this was inconsistent with basic premise of Schuman Plan and that I agreed with their view. Chancellor said that politically his position vis-à-vis industrial groups had been weakened by acceptance of Mitbestimmungsrecht and that he feared he might not be able to obtain Bundestag majority for Schuman Plan against SPD and industrialist and trade unions opposition.“ Vgl. FRUS 1951, IV/1, S. 92.

Mit Schreiben vom 20. Februar 1951 erklärte der Bundeskanzler dem amerikanischen Hohen Kommissar, daß mit der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten des Schuman-Plans eine übermäßige Machtkonzentration auf dem Gebiete der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie unterbunden bzw. die künftige Entwicklung eines deutschen Kriegspotentials verhindert werde. Adenauer erklärte sich jedoch bereit, noch einmal die Sachlage zu prüfen und strittige Punkte mit McCloy zu besprechen. Vgl. dazu ADENAUER, Briefe 1949–1951, S. 348.

General Albert C. Wedemeyer, ehemaliger Generalstabschef der US Armee, jetzt Kommandierender General der sechsten Armee in San Francisco,

Hugh Gibson, früherer Botschafter in Brüssel und jetzt außenpolitischer Berater von Herbert Hoover,

dem schwedischen Botschafter in Washington, Herrn Boheman,

dem ehemaligen polnischen Botschafter in Washington, Jan Ciechanowski,

Oberst Truman Smith, früherer Militärattaché in Berlin und Freund und Berater von Senator Taft und General Marshall,

Mrs. Alice Roosevelt Longworth, Tochter des Präsidenten Theodor Roosevelt, die den politisch aktivsten Salon in Washington unterhält,

General Archibald Roosevelt, Sohn des Präsidenten Theodor Roosevelt und Vetter des Präsidenten Franklin Roosevelt,

Mr. Lincoln Gordon, unmittelbarer Mitarbeiter von Botschafter Harriman, der zur Zeit für Präsident Truman Außenpolitik und Verteidigungspolitik koordiniert,

Mr. Robert Lynch, früherer Stellvertreter von Edward Stettinius in der Lend-Lease-Organisation und heute führend in der amerikanischen Rüstungswirtschaft,

Professor William Y. Elliott (Harvard), im Zweiten Weltkrieg Vizepräsident des War Production Board und heute wieder unmittelbarer Mitarbeiter von Charles Wilson, der für Präsident Truman die gesamte Rüstungswirtschaft organisiert,

Hamilton Fish Armstrong, Leiter des Council on Foreign Relations,

Whitelaw Reid, Besitzer und Herausgeber der New York Herald Tribune,

Malcolm Muir, Herausgeber der Zeitschrift „Newsweek“,

Walter Lippmann,

Joseph Alsop,

Felix Morey,

dem früheren Reichskanzler Dr. Brüning

sowie zahlreichen Abgeordneten, Wirtschaftlern und Journalisten.

I. Allgemeine Stimmung

Angesichts der Weltlage herrscht in den Vereinigten Staaten ein Zustand erheblicher Nervosität und Verwirrung. Mit dem Anlaufen des amerikanischen Rüstungsprogramms und den neuerlichen Waffenerfolgen in Korea festigt sich die Stimmung jedoch zusehends; verglichen mit den letzten Monaten des vergangenen Jahres soll sie bereits erheblich verbessert und zuversichtlicher geworden sein. Es fehlt jedoch offensichtlich an der festen und vertrauenerweckenden Führung von oben, die in den vergleichbaren Jahren von 1940/41 unter Roosevelt ein stabilisierender Faktor war. Die Führungseigenschaften von Präsident Truman werden trotz mancher Anerkennung für seine Person in weiten Kreisen nicht nur der Opposition bezweifelt; Vertrauen in Acheson und die Führung der Außenpolitik ist nur noch in ganz geringem Maße vorhanden.

II. Einstellung gegenüber Deutschland

Die Einstellung führender Kreise sowie der öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland hat sich im Laufe des letzten Jahres weiterhin erheblich gebessert

und kann mit gewissen Ausnahmen als durchaus positiv bezeichnet werden. Kritik an innerdeutschen Verhältnissen wird so gut wie gar nicht mehr geübt; von einem Druck der öffentlichen Meinung in Fragen wie Dekartellisierung usw. kann nicht die Rede sein. Ein baldiges Verschwinden der Hohen Kommission wird fast allgemein als wünschenswert und notwendig angesehen. Die scharfen Äußerungen von Herrn Schumacher werden in weitesten Kreisen, auch der Gewerkschaften, bedauert und häufig verurteilt; leider werden sie oft aus Unkenntnis der Dinge als Stellungnahme der Bundesregierung gewertet.¹ Die Politik der Bundesregierung wird, soweit sie drüben überhaupt bekannt ist, im allgemeinen gebilligt. Es fehlt der Bundesregierung in Amerika jedoch an Überzeugungskraft, weil sie als von den Alliierten abhängiges Gebilde angesehen wird, das noch keine echte Resonanz im eigenen Volke besitzt.² Dieser Eindruck stammt nicht nur von Berichten amerikanischer Journalisten, sondern vor allem auch von den Eindrücken der zahlreichen amerikanischen Besucher, die im letzten Jahr in Deutschland waren. Eine aktivere innenpolitische Propaganda der Bundesregierung würde ihre Stellung auch in Amerika erheblich festigen.

Starke Kritik wird an Westeuropa im ganzen geübt; in diese Kritik wird auch Deutschland eingeschlossen. Man wirft den Europäern vor, daß sie auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet nicht genügend Anstrengungen machen, daß sie die ganze Last des Kalten Krieges auf die Vereinigten Staaten abwälzen wollen, daß sie nicht genügend Verständnis für die Weltlage als Ganzes und für die Probleme des Fernen Ostens im besonderen aufbringen, daß sie von starken kommunistischen Fünften Kolonnen durchsetzt sind, daß sie mit Neutralitätsgedanken spielen. Die „Ohne mich“-Haltung des Durchschnittsdeutschen wird zwar weithin als psychologisch verständlich, wenn auch bedauerlich, bezeichnet, wird aber auch teilweise als eine neue Form der antiwestlichen Einstellung aus der Nazizeit angesehen. Hierdurch werden die Reste des aus dem Kriege stammenden Mißtrauens wachgehalten. Vertrauen in Frankreich besteht weder im Volke noch in den führenden Kreisen; Frankreich gilt allgemein als der schwächste Punkt der europäischen Verteidigung und als der

¹ Auf die Bemerkung des Referenten Böker, die Bundesregierung habe keinerlei Bedingungen für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik gestellt, sondern nur den Wunsch nach der Schaffung gewisser psychologischer Voraussetzungen geäußert, entgegnete der amerikanische Senator Douglas in einem Gespräch am 5. Februar 1951 in Washington: „Ja, aber Ihr Freund Schumacher stellt fortgesetzt Bedingungen, und wir haben das Gefühl, daß das, was der Bundeskanzler als ‚psychologische Voraussetzungen‘ bezeichnet, im Grunde auch Bedingungen sind.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 19. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

Am 14. Februar 1951 teilte der amerikanische General Donovan in New York Böker mit: „Man habe häufig in Amerika den Eindruck, als seien die Deutschen für den Wehrbeitrag psychologisch noch nicht reif, und jedesmal, wenn Schumacher eine Rede halte, verbreite sich in Amerika das Gefühl, die Verteidigung Europas sei vielleicht doch ein hoffnungsloser Fall.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 21. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

² Am 30. Januar 1951 führte der Leiter des Council on Foreign Relations, Armstrong, in New York gegenüber Referent Böker aus, „daß man in Amerika die Bundesregierung fast allgemein noch nicht als eine echte Regierung mit einem eigenen Willen und einer Resonanz im Volke ansehe. Er selbst sei von dem Herrn Bundeskanzler tief beeindruckt gewesen („He is a most impressive man“) und wünsche nur, daß seine Persönlichkeit und seine Ansichten in Amerika besser bekannt würden.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 20. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

unzuverlässigste Partner. Trotzdem war der Besuch von M. Plevin in Washington vom französischen Standpunkt aus auf Regierungsebene ein voller Erfolg.³

III. Rüstungsproduktion

Das neue amerikanische Rüstungsprogramm, das sehr großzügig geplant ist, fängt soeben an anzulaufen. Nach der Ansicht bester Sachkenner wird es jedoch 8 bis 11 Monate dauern, ehe das Rüstungsmaterial in großen Mengen die Fabriken verläßt. Erst in etwa 5/4 bis 1½ Jahren soll die Rüstungsproduktion ihren bis jetzt vorgesehenen Höhepunkt erreichen.

Das Rüstungsprogramm für die nächsten zwei Jahre sieht jährlich Ausgaben von insgesamt 70 Milliarden Dollar (ungefähr 300 Milliarden DM) vor. Da es der Regierung jedoch bis jetzt nicht gelungen ist, das Lohn- und Preisniveau zu halten, wird sehr teuer und verschwenderisch produziert. Hierdurch wird das tatsächliche Produktionsvolumen niedriger gehalten, als es die Budgetziffern vermuten lassen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Atomproduktion und alles, was mit ihr zusammenhängt. Ihr folgt die Flugzeugproduktion. Am weitesten zurück ist die Produktion von Tanks, Artillerie und kleinen Waffen.

Die Einschränkung der Zivilproduktion, die die besten Rückschlüsse auf den tatsächlichen Stand der Rüstungsproduktion zuläßt, fängt soeben an: Größere Bauprojekte der Öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft werden eingestellt, um Stahl zu konservieren; ebenso ist der Verbrauch von Aluminium in der Fabrikation zahlloser Gegenstände verboten worden. Dagegen ist eine Beschränkung der Automobilproduktion, die die Voraussetzung für eine Tankproduktion größeren Umfanges wäre, noch nicht erfolgt.

Ein besonders zu diesem Zweck geschaffenes interministerielles Gremium soll die Einschaltung nichtamerikanischer Wirtschaften in das amerikanische Rüstungsprogramm planen. Die führende Persönlichkeit ist Generalmajor Burns, der dem Verteidigungsminister, General Marshall, unmittelbar untersteht. Man denkt in diesem Gremium auch stark an die Einschaltung der deutschen Wirtschaft, insbesondere an die Produktion von Jeeps im Volkswagenwerk und an die Produktion von Panzerplatten bei Krupp. Die Zusammensetzung der in Deutschland und andernorts produzierten Panzerteile könne dann unter Umständen in Spanien erfolgen.⁴

Man macht sich in manchen Kreisen Amerikas darauf gefaßt, daß das jetzt geplante oder ein noch höheres Rüstungsniveau während eines vielleicht zehn Jahre dauernden Kalten Krieges beibehalten werden muß. Immer wieder aber hört man Stimmen, daß die amerikanische Wirtschaft eine solche Anstrengung nicht aushalten könne und daß man deshalb in spätestens vier bis fünf Jahren einen „showdown“ mit Rußland erzwingen müsse, auch wenn dies den Präventivkrieg bedeuten solle. Für den Augenblick jedoch wird jede Idee eines Präventivkrieges mit dem Argument abgelehnt, daß man dafür zu schwach ist.

³ Ministerpräsident Plevin traf am 29./30. Januar 1951 mit Präsident Truman in Washington zusammen.

⁴ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referenten Böker vom 23. Februar 1951 über ein Gespräch mit dem amerikanischen Unternehmer Lynch am 30. Januar 1951 in New York; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

IV. Strategische Lage

Nachdem man eine Zeitlang der Ansicht war, daß die westliche Stellung in Korea nicht zu halten sei und daher der Rückzug vorbereitet werden müsse, ist man nunmehr zu dem Schluß gekommen, daß es im Interesse der Vereinigten Staaten – und nicht Rußlands! – wäre, den Krieg in Korea ad infinitum fortzusetzen. Man strebt die Stabilisierung einer Linie an der engsten Stelle der koreanischen Halbinsel etwa 100 Meilen nördlich des 38. Breitengrades an. Der Entschluß, den Krieg in Korea fortzusetzen und auch keinen Waffenstillstand anzustreben, wurde durch zwei Erwägungen herbeigeführt:

1) Berichte aus Rußland und Berechnungen amerikanischer Experten zeigen, daß die russische Wirtschaft die allergrößten Anstrengungen machen muß, China und Nordkorea mit Kriegsmaterial zu versorgen, zumal jeder Liter Petroleum und das meiste andere Material über die zum Teil noch einspurige Transsibirische Bahn befördert werden muß.

2) Durch die Anwendung der Napalm Bombe (einer verbesserten Petroleum Feuerbombe) sind die Menschenverluste der Chinesen außerordentlich groß. Man hofft in Amerika, durch Vernichtung der besten chinesischen Armeen einen Vorstoß Chinas nach Südostasien auf lange Zeit unmöglich zu machen.

Der Beschluß, Japan zu bewaffnen, ist grundsätzlich gefallen, die Wiederbewaffnung soll jedoch langsam erfolgen. Auf diese Weise hofft man, weitere russische und chinesische Kräfte im Fernen Osten zu binden.

Südostasien möchte man wegen seines Reichtums an Rohmaterialien, insbesondere auch an Reis, der für die Ernährung Indiens von Wichtigkeit ist, halten, hat jedoch keine klare Vorstellung, wie dies möglich ist. Man unterstützt daher zunächst die französische Armee in Indochina. Gegen die Entsendung amerikanischer Truppen bestehen die allerstärksten Bedenken.

Große Sorge bereitet den Amerikanern der Nahe Osten, dessen Öl im Kriegsfall keinesfalls in russische Hände fallen darf. Die zuständigen Sachkenner bestätigen jedoch, daß mit den jetzt dort vorhandenen Mitteln ein plötzlicher russischer Vorstoß nicht aufgehalten werden könne. Die notwendige Neuausrüstung der türkischen Armee kann nur sehr langsam erfolgen, weil die Rüstungsproduktion der westlichen Welt noch zu niedrig ist.

In weiten Kreisen wird mit der Möglichkeit eines Vorstoßes der Satellitenarmeen gegen Jugoslawien im späten Frühjahr gerechnet. Im State Department besteht nur geringe Neigung, Jugoslawien eine volle Sicherheitsgarantie analog zu der an Westdeutschland gegebenen New Yorker Garantie⁵ zu geben. Man erwägt daher andere Schritte, um die Russen von einem Abenteuer in Jugoslawien abzuschrecken. Der Kampfgeist der 20 bis 30 jugoslawischen Divisionen wird auf amerikanischer Seite als gut eingeschätzt; die Schwierigkeit amerikanischer Waffenhilfe liegt jedoch darin, daß die jugoslawische Armee mit russischen Waffen ausgerüstet ist und daher eine völlig neue Ausrüstung vom Westen her erforderlich wäre. Die Entsendung amerikanischer Truppen nach Jugoslawien im Kriegsfall wird rundweg abgelehnt; dagegen würde die amerikanische Luftwaffe ohne weiteres eingesetzt werden.

⁵ Zur Sicherheitserklärung für die Bundesrepublik und Berlin (West) auf der Außenministerkonferenz der Drei Mächte vom 12. bis 14. sowie am 18. September 1950 in New York vgl. Dok. 3, Anm. 5.

Einen Vorstoß der Russen oder ihrer Satelliten nach Westdeutschland erwartet man in diesem Jahre nicht, weil Rußland wohl weiß, daß die New Yorker Sicherheitsgarantie einen sofortigen Krieg mit den Vereinigten Staaten auslösen würde. Hierzu fühle sich Rußland in der Luft und auf atomischem Gebiet noch nicht stark genug. Man fürchtet dagegen, daß ein Konflikt um Jugoslawien sich unter Umständen nicht lokalisieren lasse.

V. Deutscher Wehrbeitrag

Die Frage eines deutschen Wehrbeitrages ist in Amerika offensichtlich auf längere Monate verschoben worden, allerdings nicht ohne erhebliche Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung. Als Gründe, die hierfür entscheidend waren, werden aufgeführt:

1) Der Druck Frankreichs, der besonders während des Pleven-Besuchs in Washington fühlbar wurde. Pleven hat sich gegenüber dem amerikanischen Wunsch nach einem baldigen deutschen Wehrbeitrag durchaus aufgeschlossen gezeigt, hat aber dann um einen erheblichen Aufschub gebeten, bis die Aufstellung und Ausrüstung französischer Divisionen ein solches Maß erreicht haben, daß Frankreich unzweideutig die führende Rolle in einer westlichen Landarmee zukommen würde. Gleichzeitig hat Pleven zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich versuchen wolle, während der so gewonnenen Zeit seine Idee der Europa-Armee⁶ der Verwirklichung näherzubringen, die nach französischer Auffassung eine weniger gefährliche Form des deutschen Wehrbeitrages darstellt als ein deutscher Beitrag zu den Streitkräften der Atlantikpakt-Mächte. Offiziell hat man auf amerikanischer Seite die Idee der Europa-Armee gutgeheißen⁷, inoffiziell machen aber auch die höchsten Regierungskreise keinen Hehl daraus, daß sie die französische Idee für verfrüht und schwer durchführbar halten und ihrerseits ihre Karte auf die Atlantikpakt-Armee setzen.⁸

2) Die eventuell bevorstehende Viererkonferenz veranlaßt die Amerikaner, die Russen nicht durch einen deutschen Rüstungsbeitrag zu „reizen“. Sie legen sich diese Zurückhaltung nicht etwa deshalb auf, weil sie sich selbst von der Konferenz irgendein positives Resultat versprechen, sondern weil sie ihren Verbündeten und vor allem Frankreich das Gefühl geben wollen, daß nichts unversucht bleiben soll, was zur Entspannung der Lage beitragen könnte. Die Idee einer entwaffneten Neutralisierung Deutschlands wird nach wie vor völlig

⁶ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Pleven vom 24. Oktober 1950 vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁷ Im Communiqué vom 30. Januar 1951 über die Gespräche des Ministerpräsidenten Pleven mit Präsident Truman wurde zur Einberufung einer Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris ausgeführt: „The Prime Minister also referred to the conference to be convened in Paris on February 6th, to consider the formation of a European Army based on European political institutions and within the framework of the North Atlantic Treaty Organization. The President welcomed the conference and expressed his hope for its success. He informed the Prime Minister that the United States would be glad to accept the invitation to send an observer, and that Ambassador David Bruce would be designated.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 24/1, 1951, S. 244.

⁸ Am 6. Februar 1951 erklärte der Mitarbeiter des Sonderberaters Harriman, Gordon, in Washington gegenüber Referent Böker: „Wir haben zwar den Franzosen gesagt, daß wir ihre Idee einer europäischen Armee begrüßen; wir haben sie aber in keinem Zweifel darüber gelassen, daß wir eine NATO-Streitmacht bei weitem vorziehen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 20. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

verworfen; eher taucht gelegentlich der Vorschlag einer bewaffneten Neutralisierung Deutschlands auf, wird jedoch bis jetzt nicht ernsthaft verfolgt.⁹

3) Die amerikanische Regierung ist von verschiedenen Seiten gewarnt worden, daß Rußland die Aufstellung deutscher Divisionen mit einem Präventivkrieg beantworten würde. Diese Meinung ist insbesondere nachdrücklich von Tito vertreten worden; aber auch einige amerikanische Rußland-Experten, wie der jüngst von Moskau nach Berlin versetzte George Morgan, sind dieser Ansicht. Führende Regierungsstellen scheinen diese Auffassung nicht zu teilen, nehmen sie aber ernst genug, um in der deutschen Wiederbewaffnungsfrage zu zögern.

4) Die Tatsache, daß die amerikanische Rüstungsproduktion erst jetzt anzulaufen beginnt und die Waffen für deutsche Einheiten vor Ende d. J. überhaupt nicht zur Verfügung stünden, veranlaßt manche amerikanische Kreise, den Aufschub einer deutschen Wehrbeteiligung zunächst für unbedenklich zu halten.

5) Die innerdeutsche Opposition gegenüber einem deutschen Wehrbeitrag wird als zu stark und die Stellung der Bundesregierung als zu schwach angesehen, als daß ein wirksamer deutscher Beitrag im Augenblick geleistet werden könnte. Ein Umschwung in der deutschen öffentlichen Meinung oder eine Änderung der Haltung der Opposition würde die Dinge in Amerika sofort wieder ins Rollen bringen.

6) Man hat das Gefühl, daß Deutschland zu hohe Forderungen für seinen Wehrbeitrag zu stellen versucht. Man sieht zwar ein, daß ein großer Teil dieser Forderungen sachlich und psychologisch gerechtfertigt ist und ist bereit, sie nach und nach zu erfüllen. Man möchte aber jetzt nicht unter Druck handeln. Dagegen erwartet man, daß Deutschland, nachdem die westliche Rüstung wirksam und sichtbar geworden ist, von sich aus darum bitten wird, in die westliche Verteidigungsgemeinschaft aufgenommen zu werden.

7) Dieser Gesichtspunkt ist insbesondere von General Eisenhower in privaten Unterhaltungen und in der geheimen Sitzung vor dem Auswärtigen Ausschuß und dem Verteidigungsausschuß des Senats vertreten worden, wo General Eisenhower gesagt haben soll, er wolle Deutschland gegenüber nicht als Bettler auftreten.¹⁰ Im übrigen scheint Eisenhower überhaupt in der Frage der deut-

⁹ Am 5. Februar 1951 äußerte der Publizist Lippmann in Washington gegenüber Referent Böker: „Auf die Dauer sei die einzig mögliche Lösung für Deutschland eine Art ‚Neutralität‘; nur müsse man ein besseres Wort dafür erfinden. Er denke an einen Zustand, in dem Deutschland an keinerlei Bündnissen und Pakten beteiligt sei. Deutschland sei keine westliche Macht, sondern ein Land der Mitte; das sei allerdings leichter von Berlin aus zu sehen, wo wir eines Tages wieder hingehen würden, als von Bonn. Deutschland müsse immer gleichzeitig nach dem Westen und dem Osten schauen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 20. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

Am 24. Februar 1951 teilte die Publizistin Dorothy Thompson in New York Referent Böker mit, daß „eine bewaffnete Neutralisierung Deutschlands in seinen Potsdamer Grenzen als die einzig mögliche Lösung“ zu betrachten sei. Thompson habe weiter ausgeführt: „Eine Wiederbewaffnung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen würde nur einen russischen Angriff provozieren. Wenn ich Stalin wäre, würde ich sie bestimmt nicht dulden. Deutschland muß aber genau wie die Schweiz in der Lage sein, seine Neutralität notfalls zu verteidigen.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

¹⁰ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referenten Böker vom 19. Februar 1951 über ein Gespräch mit Senator Douglas am 5. Februar 1951 in Washington; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

schen Wehrbeteiligung eine sehr zweideutige Rolle gespielt zu haben und noch zu spielen. Seine Schachzüge werden allseitig als mehr von politischen denn von militärischen Gesichtspunkten geleitet angesehen.¹¹ Er soll nach wie vor die Präsidentschaft im Jahre 1952 anstreben. Im übrigen warnen viele, die Eisenhower aus nächster Nähe kennen, davor, seine in Frankfurt an die deutsche Adresse gerichteten freundlichen Worte zu überschätzen¹²; er habe im Grunde eine tiefe Abneigung gegen alles Deutsche, was noch dadurch gestärkt würde, daß er seinen stärksten politischen Rückhalt an sehr wohlhabenden, deutschfeindlichen, jüdischen Kreisen New Yorks (Senator Lehman u. a.) habe, denen eine deutsche Wiederaufrüstung ein Dorn im Auge sei, weil dadurch das internationale Gewicht Deutschlands erhöht würde.

Das Urteil Eisenhowers in dieser Frage soll bei der Entscheidung über den Aufschub des deutschen Wehrbeitrages die ausschlaggebende Rolle gespielt haben und hat einige seiner Mitarbeiter im Pentagon stark vergrämt. Auch soll McCloy mit Eisenhower in dieser Frage durchaus nicht einer Meinung sein. Die öffentliche Meinung in Amerika fordert nach wie vor eine deutsche Wehrbeteiligung als die einzige vernünftige Lösung zur Verteidigung des europäischen Festlandes. Derselben Ansicht bleiben die führenden Persönlichkeiten des State Department und des Wehrministeriums sowie die führenden Militärs selbst. Es besteht kein Zweifel, daß die Frage wieder akut werden wird, sobald sich herausgestellt hat, daß Frankreich trotz amerikanischer Unterstützung die versprochenen Divisionen nicht aufzustellen vermag, und sobald Rußland an einer schwachen Stelle der westlichen Verteidigung erneut Unruhe zu stiften beginnt. In der Zwischenzeit muß jedoch mit einem Aufschub einer deutschen Beteiligung an der westlichen Verteidigung bis mindestens zum Herbst gerechnet werden, es sei denn, daß die internationale Lage sich plötzlich verschärft.

Es steht zu befürchten, daß die Alliierten die durch den Aufschub des deutschen Wehrbeitrages verlorene Zeit dadurch einzuholen versuchen werden, daß sie unter dem einen oder anderen Vorwande Deutsche in größerem Umfange in

¹¹ Am 8. Februar 1951 vertrat der amerikanische General Wood in Chicago gegenüber Referent Böker die Ansicht, daß der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Eisenhower, zwar ein „außerordentlich charmanter Kerl, aber ein Opportunist“ sei: „Seine Begabung läge weniger auf dem soldatischen und strategischen Gebiet als in der Politik und der Diplomatie. Eisenhower betrachte auch seine gegenwärtige Aufgabe in diesem Lichte. Er sei kein Mann der starken Überzeugungen, und man könne daher kein allzu großes Vertrauen in ihn setzen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 21. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn), B 150, Aktenkopien 1951.

¹² Am 20. Januar 1951 erklärte der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Eisenhower, vor Pressevertretern in Frankfurt/Main: „Ich habe keine Ressentiments gegen Deutschland als Nation und bestimmt nicht gegen das deutsche Volk.“ Eisenhower fuhr fort: „Ich wäre ein ausgemachter Lügner, wenn ich behauptete, daß ich nicht während des Krieges im Herzen ein absoluter Gegner Deutschlands gewesen wäre und nicht alles gehaßt hätte, wofür sich meiner Meinung nach die Nazis und Hitlerianer einsetzten, und ich habe, so hart ich konnte, gekämpft, um es zu vernichten. Aber heute möchte ich, daß das deutsche Volk und daß alle Völker sich sagen: Wir wollen frei sein, wir wollen als anständige Menschen leben, wir wollen ein Leben der Freundschaft mit allen leben, und wenn wir es für nötig halten, wollen wir gemeinsam die Stärke schaffen, die erforderlich ist, um uns zu schützen, und dies umfaßt, wie ich gesagt habe, alle Menschen, die sich unter diesem Banner verteidigen wollen.“ Hinsichtlich eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik verlieh Eisenhower seiner Hoffnung Ausdruck, „daß das große deutsche Volk an der Seite der übrigen freien Welt stehen wird“. Vgl. VS-Bd. 3204 (Abteilung 2); B 150, Aktenkopien 1951.

Hilfsorganisationen der Besatzungsarmeen und in die zu bildende amerikanische Fremdenlegion einzuziehen versuchen. Die uns besonders freundlich gesonnenen Kreise der amerikanischen Armee um General Wedemeyer raten dringend, einen solchen Versuch durch ein Bundesgesetz, das den Eintritt in solche Verbände und die Anwerbung dafür unter Strafe stellt, zu unterbinden, da wir sonst bei den entscheidenden Verhandlungen im weiteren Verlauf des Jahres unsere stärkste Trumpfkarte, nämlich das deutsche Wehrpotential, nicht mehr in der Hand hielten und obendrein unserem Ansehen in der Welt starken Abbruch täten.

VI. Isolationismus

Der amerikanische Isolationismus wird in Europa stark überschätzt. Isolationisten im eigentlichen Sinne gibt es an führender Stelle kaum mehr, und auch das Anwachsen sogenannter isolationistischer Strömungen in der Bevölkerung ist lange nicht so stark, wie es nach manchen europäischen Zeitungsberichten den Anschein hat. Dagegen ist in Amerika stark das Gefühl im Anwachsen, daß die Vereinigten Staaten allein die Last des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Verteidigung der freien Welt nicht tragen können und daß andere Länder, insbesondere die Völker Europas, durch größere Anstrengungen und größere Einigkeit den Beweis liefern müssen, daß sie der weiteren amerikanischen Unterstützung wert sind und daß es sich lohnt, sie verteidigen zu helfen.

Aus dem Gefühl heraus, nicht überall gleich stark sein zu können, möchte man sich auf die Verteidigung jener Gebiete der Welt beschränken, die von entscheidendem Interesse für den Westen sind. Hierzu gehört aber nach fast einmütiger Auffassung in erster Linie Europa. Von einer Option für Asien ist nirgends, auch nicht an der Westküste der Vereinigten Staaten etwas zu spüren.

Weit verbreitet ist die Auffassung, daß Amerikas Verteidigungsbeitrag im wesentlichen zur See und in der Luft geleistet werden muß und daß die europäischen Völker sich auf die Bodentruppen konzentrieren sollten.

Republikaner und Demokraten der verschiedensten Schattierungen haben diese These akzeptiert und unterscheiden sich voneinander im Grunde nur durch Nuancen. Beide sind mit wenigen Ausnahmen bereit, auch zusätzliche amerikanische Truppen nach Europa zu entsenden, wobei Demokraten, wie Senator Douglas, an ungefähr zusätzliche acht Divisionen denken¹³, während ein Re-

¹³ Am 5. Februar 1951 äußerte Senator Douglas in Washington gegenüber Referent Böker zur Frage der Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa, „er hielte die Verstärkung amerikanischer Garnisonen in Europa für unbedingt notwendig. Man dürfe aber den Europäern nicht den Eindruck geben, als könnten und wollten die Vereinigten Staaten sie verteidigen, ohne daß die Europäer selbst etwas für ihre Verteidigung tun. Er werde deshalb von der Regierung verlangen, daß amerikanische Divisionen nur in einer bestimmten Verhältniszahl zu europäischen Divisionen in Europa stationiert würden. Seiner Ansicht nach sollte das Verhältnis 1:4 oder 1:4,5 sein. Er hielte die Entsendung von zehn amerikanischen Divisionen nach Europa für möglich und wünschenswert. Die Europäer müßten dann aber ihrerseits 40–45 Divisionen auf die Beine stellen. Der Senator sagte dann wörtlich: „Wir haben das Gefühl, daß die Europäer uns in Korea nicht genügend unterstützt haben, und wir wollen verhindern, daß uns dasselbe wieder in Europa passiert.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 19. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

publikaner und angeblicher „Isolationist“ wie Senator Taft bereit wäre, vier bis sechs weitere Divisionen nach Europa zu schicken.¹⁴

Im übrigen ist der Isolationismus in Amerika weitgehend zu einer Generationsfrage geworden. Die älteste Generation von Hoover, der 81 Jahre alt ist, hält noch am stärksten an den alten isolationistischen Vorstellungen fest¹⁵, obwohl sie auch der Veränderung der Weltlage Rechnung trägt; die Generation von Taft (Ende 50) ist bereits wesentlich aufgeschlossener und beweglicher; in der Generation unter 40 ist von Isolationismus kaum mehr etwas zu spüren.

VII. Truman

Präsident Truman hat an Prestige verloren, weil man die sichere und klare Führung an ihm vermißt. Er soll auch unter den ungeheueren Anstrengungen seines Amtes sehr leiden und gelegentlich zu stark zur Flasche greifen. Einige Vorfälle privater Art, die sich unter dem Einfluß von Alkohol ereignet haben, werden von der republikanischen Opposition weidlich ausgeschlachtet und tragen nicht dazu bei, das Ansehen des Präsidenten zu stärken. Ob Präsident Truman heute wiedergewählt würde, ist nicht mit Sicherheit zu sagen.

VIII. Acheson

Staatssekretär Acheson wird von weitesten Volkskreisen, nicht nur der Opposition, heute abgelehnt. Das Vertrauen in seine außenpolitische Führung ist weitgehend verlorengegangen, und auch seine besten Freunde raten ihm, zurückzutreten, da er nicht mehr in der Lage sei, seine eigene Politik durchzuführen, sondern sein Hauptaugenmerk darauf richten müsse, die Angriffe seiner Gegner abzuwehren und zu entkräften.¹⁶ Diese Angriffe beziehen sich zu meist auf die Vergangenheit und erscheinen in ihrer Mehrzahl sachlich ungerechtfertigt und unfair. Acheson hat bis jetzt ein Rücktrittsgesuch jedoch nicht eingereicht, sondern hat dem Präsidenten nur erklärt, daß er bereit sei zurückzutreten, falls der Präsident zu dem Schluß kommen sollte, daß er, Acheson, für ihn eine Belastung sei. Präsident Truman hält jedoch mit der für ihn typischen Zähigkeit und Loyalität an Acheson fest. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß er ihn im Laufe d. J. in irgendeiner Form fallen lassen wird. Die Frage der Nachfolge Achesons führt zu zahlreichen Spekulationen. Dem Präsidenten am

¹⁴ Am 4. Februar 1951 vertrat Senator Taft in Washington gegenüber Referent Böker die Ansicht, „daß Amerika zusätzliche Divisionen nach Europa schicken müsse. Er denke daran, daß man bis Ende d. J. etwa fünf bis sechs amerikanische Divisionen in Europa stationieren könne.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 20. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

¹⁵ Am 29. Januar 1951 sprach sich der ehemalige Präsident Hoover in New York gegenüber Referent Böker gegen eine weitere Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa aus und äußerte, „Amerika könnte nichts besseres für Europa tun, als die stärkste Luftflotte der Welt aufzubauen und zu erhalten. Hierbei könne es einen schützenden Schirm über weiteste Landstrecken Europas und Asiens errichten und gleichzeitig Rußland durch die Drohung des Atomkrieges vor militärischen Abenteuern zurückschrecken.“ Desgleichen verwies Hoover auf die Kosten, die durch die Entsendung von amerikanischen Truppen entstehen würden: „Europäische Divisionen könnten zu einem Bruchteil der Kosten aufgestellt werden, die man für amerikanische Divisionen ausgeben müßte. Es sei daher eine Arbeitsteilung anzustrengen, wobei Amerika die Luftwaffe und Flotte, die europäischen und asiatischen Nationen die Landtruppen stellen. Wenn Europa hierfür finanzielle Hilfe brauche, so könne man darüber mit sich reden lassen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 19. Februar 1951; VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn); B 150, Aktenkopien 1951.

¹⁶ Zur Forderung amerikanischer Kongreßmitglieder nach Ablösung des amerikanischen Außenministers Acheson vgl. Dok. 7, Anm. 7.

nächsten steht der Präsident des Obersten Bundesgerichts Vinson, der jedoch von Kennern als zum Außenminister nicht sehr geeignet bezeichnet wird. Der früherer Botschafter in London und Schwager McCloys, Douglas, käme ernstlich in Frage, wenn sein Gesundheitszustand besser wäre. In manchen Kreisen rechnet man auch damit, daß der Präsident vielleicht dem Beispiel Roosevelts folgend einen oder mehrere Republikaner in sein Kabinett aufnehmen möchte. Taft käme hierfür nicht in Frage, da er als Oppositionsführer im Senat eine stärkere Stellung hat und überdies die Präsidentschaft im Jahre 1952 anstrebt. Auch der frühere republikanische Präsidentschaftskandidat und Gouverneur von New York, Thomas Dewey, wird als möglicher Nachfolger Achesons genannt. Auch seine Kandidatur würde aber scheitern, falls Dewey selbst noch Absichten auf die Präsidentschaft haben sollte.

IX. Marshall

Von dem Wehrminister General Marshall wird allgemein gesagt, daß er wegen Altersschwäche sein Amt nicht mehr lange innehalten könne. Er hat bereits jetzt einen Teil seiner Amtsgeschäfte auf den Unterstaatssekretär Lovett und die Unterstaatssekretärin Mrs. Rosenberg übertragen. Sogar in wichtigen Konferenzen soll Marshall in letzter Zeit mehrfach eingeschlafen sein. Vor Ausschüssen des Abgeordnetenhauses und Senats erscheint er nur noch selten. Als möglicher Nachfolger wird in erster Linie sein Stellvertreter Lovett genannt, der als charakterlich und geistig hervorragend befähigt und geeignet bezeichnet wird.

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler über Herrn VLR Dr. Dittmann¹⁷ ergebenst vorgelegt.

Einzelberichte über Unterhaltungen mit prominenten Persönlichkeiten werden anschließend vorgelegt werden.

Böker

VS-Bd. 7053 (Materialsammlung Blankenhorn)

¹⁷ Hat Vortragendem Legationsrat Dittmann am 18. Februar 1951 vorgelegen, der handschriftlich für Bundeskanzler Adenauer vermerkte: „Der anliegende Bericht von Herrn Dr. Böker über seine Eindrücke in USA ist ganz ungewöhnlich interessant und aufschlußreich. Er bringt zahlreiche ganz neue, hier bisher nicht bekannte Gesichtspunkte. Eine Kürzung war wegen der Fülle des Materials leider nicht möglich. Ich darf anregen, Herrn Dr. Böker bald zu empfangen, damit er zu den den Herrn Bundeskanzler besonders interessierenden Fragen noch ergänzende Ausführungen machen kann.“

Hat laut Vermerk der Sekretärin Zimmermann vom 21. Februar 1951 Adenauer vorgelegen.

Hat Dittmann erneut am 24. Februar 1951 vorgelegen, der handschriftlich für Oberregierungsrat Ostermann von Roth vermerkte: „Hat der Bericht dem H(ernn) StS vorgelegen?“

Hat Ostermann von Roth am 1. März 1951 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat vorgelegen.“

31

Aufzeichnung des Oberstleutnants a.D. de Maizière, Paris**Tgb. Nr. 10/51 geh.****17. Februar 1951¹**

Stellungnahme zu dem militärisch-technischen Teil des Memorandums der französischen Delegation² auf der Konferenz für die Organisation der Europa-Armee nach einem ersten Studium

1) Allgemeines

Die Aufstellung einer europäischen Armee wird in mehreren Etappen vorgenommen werden. In dem vorliegenden Memorandum ist jedoch nur die erste Etappe in ihren beiden Stadien beschrieben.³ Eine Festlegung der Absichten für etwaige weitere Etappen ist unterlassen.⁴

2) Europäische Divisionen

Am Endziel der ersten Etappe sollen europäische Divisionen stehen, die zusammengesetzt sind aus drei Kampfgruppen (verstärktes Infanterieregiment bzw. verstärkte Panzerabteilung), ergänzende Truppenteile (schwere Artillerie, Panzer, Panzerabwehr und ähnliches), Versorgungstruppen.

Die Kampfgruppen müssen aus mindestens zwei, besser drei verschiedenen Nationen zusammengestellt werden. Ebenso können die ergänzenden Truppenteile aus verschiedenen Nationen stammen.

Mit einem solchen gemischten Verband ist auf dem Gefechtsfeld nicht zu kämpfen. Der moderne Kampf erfordert eine so enge Zusammenarbeit von Infanterie, Artillerie, Panzern usw., daß gleiche Sprache für ein vernünftiges Zusammenwirken Voraussetzung ist. Auch die notwendige Schwerpunktbildung auf dem Gefechtsfeld ist bei derartig gemischten Verbänden praktisch nicht realisierbar.

Darüber hinaus erfordert die vorgeschlagene Gliederung eine unnötig hohe Anzahl von Stäben, Dolmetschern, Verbindungsmitteln, Trossen usw., so daß ein

¹ Hat Staatssekretär Hallstein am 24. Februar 1951 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Oberregierungsrat Sahm verfügte und vermerkte: „Abschrift [für] Delegation“.

Hat Sahm am 26. Februar 1951 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[L]aut Mitteilung von de Maizière ist dieses Schriftstück bei Delegation und Dienststelle Blank vorhanden.“

² Zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee vgl. Dok. 27, Anm. 3.

³ Dazu wurde im französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee ausgeführt: „In einer ersten Phase unterstellt jedes der beteiligten Länder, das nationale Streitkräfte besitzt, die Stammeinheiten, die es der künftigen Europäischen Armee zur Verfügung stellen wird, der Amtsgewalt und Verwaltung des Europäischen Verteidigungskommissars. Gleichzeitig sind die deutschen Stammeinheiten unter der Amtsgewalt des Europäischen Verteidigungskommissars [...] aufzustellen. In der Anfangszeit wird der Kommissar die Dienststellen der Besatzungsmächte in Deutschland verwenden. In einer zweiten Phase sind entsprechend der fortschreitenden Vereinheitlichung der Verwaltungsvorschriften und Ausbildungsverfahren die nationalen Stammeinheiten zu europäischen Einheiten zu verschmelzen, denen allgemeine Reserve- sowie Nachschub- und Instandhaltungseinheiten in dem erforderlichen Maße anzugliedern sind.“ Vgl. B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 53.

⁴ Zur Begründung wurde im französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee ausgeführt, daß die Festlegung späterer Abschnitte insbesondere von den Fortschritten abhängt, „die bei der technischen Vereinheitlichung der verschiedenen Militärsysteme der beteiligten Länder zu erzielen sind“. Vgl. B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 53.

schwer zu führender Verband von über 20 000 Menschen entsteht. Die gleiche Kampf- und Feuerkraft kann bei sehr viel geringerem Aufwand ins Gefecht geführt werden, wenn es sich um Truppenteile einer Nationalität handelte.

Die Forderung auf Aufstellung nationaler Divisionen muß daher nach wie vor erhoben werden. Nicht umsonst wird seit langem von allen Völkern die Division als der kleinste selbständige operative Verband angesehen.

3) Taktische Luftwaffe

Noch weniger den Notwendigkeiten der Wirklichkeit entsprechend ist die gedachte Gliederung der Luftwaffe. Unter einem Stabe sollen drei Staffeln verschiedener Nationalität für die Zusammenarbeit mit der Erdtruppe eingesetzt werden. Da diese Zusammenarbeit im wesentlichen auf dem Funksprechverkehr aufgebaut ist, muß die Arbeit einer so gemischten Fliegergruppe mit gemischten Divisionsverbänden zu unüberwindlichen Reibungen führen.

Der Aufbau einer Luftverteidigung für das deutsche Bundesgebiet ist frühestens nach Ablauf von 18 Monaten vorgesehen.

4) Kampfgruppen

Innerhalb der ersten 18 Monate sollen in Deutschland lediglich Kampfgruppen aufgestellt werden, die aus Infanterie, leichter Artillerie, Pionieren und mittleren Panzern (diese nur in Panzerkampfgruppen) zusammengesetzt sind. Am Ende dieser Zeit bestehen praktisch zwei Drittel aller europäischen Kampfgruppen aus Deutschen. Dagegen ist aus dem Memorandum nicht zu ersehen, ob überhaupt und zu welchem Zeitpunkt Deutschland an der Aufstellung der qualitativ sehr viel höher stehenden und wesentlichen „ergänzenden Truppenteile“ beteiligt werden soll. Damit wird der deutsche Teil der europäischen Armee von vornherein schlechter behandelt als die Teile der übrigen Nationen, da deutsche Truppenteile mit schwerer Artillerie, gepanzerten Aufklärungsmitteln und Ähnlichem vorerst nicht vorgesehen sind.

Für die ersten 18 Monate erhält Deutschland nur Kampfgruppen, die zur Erhaltung einer Einsatzbereitschaft an alliierte Divisionen eng angelehnt werden müssen, während nicht klar zu ersehen ist, ob die übrigen teilnehmenden Staaten in Praxis einen gleichen Weg zu gehen gewillt sind.

5) Ausbildung

Die beabsichtigte Angliederung in der Ausbildung der ersten deutschen Kampfgruppen an die in Deutschland stationierten alliierten Divisionen hat zur Voraussetzung, daß die Ausbildungs- und Führungsvorschriften der europäischen Armee von vornherein einheitlich mit denen aller Atlantikpakt-Mächte abgestimmt werden, um eine etwaige Doppelausbildung zu vermeiden.

Die Bildung gemeinsamer europäischer Schulen wird in dem Memorandum erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen, wird jedoch von uns als vordringlich betrachtet.

6) Wehrpflicht

Das Memorandum erwartet von uns die sofortige Einführung einer Wehrpflicht, auch wenn das menschliche Potential der einzelnen Jahrgänge zu Anfang noch nicht voll ausgeschöpft zu werden braucht. Zweifellos basiert dieser Gedanke auf der Sorge, Deutschland könne in seinen Einheiten durch langfristig die-

nende, freiwillige Berufssoldaten ein spürbares qualitatives Übergewicht erhalten.

7) Das Memorandum bezeichnet das gesamtdeutsche Territorium als eine „zone de combat“. Dieses kann so schwere politische und verwaltungsmäßige Folgen haben, daß eine genaue Klärung und Prüfung dieser Frage unerlässlich ist. Es könnte dieses zum Beispiel der Versuch sein, europäischen militärischen Behörden in Deutschland die Befugnisse zu weitgehenden Eingriffen in die deutsche Exekutive zuzubilligen.

8) Zusammenfassung

Die Frage einer Europa-Armee steht und fällt mit der Frage der nationalen Divisionen, denn

a) ist es eine Frage der tatsächlichen Gleichberechtigung, das heißt der gleichberechtigten Beteiligung an allen für eine moderne Kampfführung benötigten Waffen, und

b) ist es eine Frage der praktischen Realisierbarkeit der Idee einer Europa-Armee überhaupt. Die notwendig bei gemischten europäischen Divisionen auftretenden Schwierigkeiten der Praxis könnten die richtige Idee der Organisation einer Europa-Armee zu Fall bringen.

de Maizièrre

B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 8

32

Regierender Bürgermeister Reuter an Bundeskanzler Adenauer

17. Februar 1951¹

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Vor meiner Abreise nach den Vereinigten Staaten² ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen dafür zu danken, daß Sie mir Gelegenheit gaben, mich mit Ihnen in einer Atmosphäre der vertrauensvollen Zusammenarbeit über die dringendsten Berliner Fragen unterhalten zu können.³ Diesen Dank spreche ich zugleich im Namen meines Vertreters, Bürgermeister Dr. Schreiber, aus.

¹ Hat laut Vermerk der Sekretärin Zimmermann vom 23. Februar 1951 Bundeskanzler Adenauer vorgelegen.

² Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, hielt sich vom 22. Februar bis 7. März 1951 in den USA auf.

³ Am 12. Februar 1951 erörterten Bundeskanzler Adenauer, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, und Bürgermeister Schreiber in Bonn aktuelle politische Probleme Berlins. Vgl. dazu den Artikel „Reuter und Schreiber in Bonn“; DER TAGESSPIEGEL vom 13. Februar 1951, S. 1.

Ich bin der Meinung, daß nach meiner Rückkehr – etwa Mitte März – ähnlich wie im Oktober 1949⁴ die Berliner Probleme nochmals in eingehenden Verhandlungen unter Hinzuziehung der Ressortminister des Bundes und der zuständigen Berliner Senatoren erörtert und die für Berlin zu treffenden Maßnahmen festgelegt werden sollten.

Ich beschränke mich darauf, Ihnen – wie abgesprochen – die erörterten Fragen in gedrängter Form nochmals zusammenzufassen.

1) Die Klärung der staatsrechtlichen Stellung Berlins scheint mir auch heute das bedeutsamste Problem im Verhältnis Bund–Berlin zu sein. Ich möchte nochmals die dringende Bitte aussprechen, bei den Hohen Kommissaren⁵ Vorstellungen zu erheben, Berlin zu einem Land der Deutschen Bundesrepublik zu machen.⁶

Sollte dieses Ziel auch jetzt noch nicht erreicht werden können, weil die westlichen Alliierten auf ihrem meines Erachtens überholten Standpunkt beharren, so müßte wenigstens versucht werden, eine gewisse Auflockerung der Vorbehalte der Militärgouverneure zum Grundgesetz zu erreichen, in der Richtung, daß für gewisse Gebiete der Gesetzgebung dem Bunde gestattet wird, Gesetze mit Wirksamkeit für Berlin zu erlassen. Ich denke hierbei an die Währungs- und die Zollgesetzgebung, an die Gesetze über die Ratifizierung internationaler Abkommen, ferner an gewisse Gesetze mit wirtschaftlichen Auswirkungen auch auf Berlin und schließlich an Gesetze des Privatrechts. Auf diesen Gebieten scheint mir die de jure-Einbeziehung Berlins in die Bundesgesetzgebung zwingend und schwerlich beanstandbar.

Insoweit die Vorbehalte der Militärgouverneure in abgemildeter Form bestehen bleiben und eine Ausdehnung von Bundesgesetzen kraft Bundesrecht auf Berlin nicht möglich sein sollte, ist es nach wie vor das Bestreben Berlins, de facto in die Bundesrepublik eingegliedert zu werden.

⁴ Am 17. Oktober 1949 begannen zwischen der Bundesregierung und dem Magistrat von Berlin unter Hinzuziehung von Vertretern der Berliner Wirtschaft und Banken mehrtägige Besprechungen. Daran nahmen u. a. Bundeskanzler Adenauer, die Bundesminister Erhard, Schäffer und Kaiser sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, der Leiter der Abteilung für Finanzen, Haas, und der Stadtrat für Bundesangelegenheiten, Klein, teil. Am 27. Oktober 1949 unterrichtete Reuter die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, daß wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für Berlin, finanzielle Hilfe für den Haushalt der Stadt und deren staatsrechtliche Stellung besprochen worden seien. Vgl. dazu REUTER, Schriften – Reden, Bd. 4, S. 130–145.

⁵ André François-Poncet (Frankreich), Ivone A. Kirkpatrick (Großbritannien) und John J. McCloy (USA).

⁶ Berlin (West) war gemäß dem Schreiben der Militärgouverneure der Drei Mächte Clay (USA), Koenig (Frankreich) und Robertson (Großbritannien) vom 12. Mai 1949, das die Genehmigung des Grundgesetzes mit einem Vorbehalt u. a. gegen die in Artikel 23 vorgesehene Einbeziehung von Berlin (West) in den Geltungsbereich des Grundgesetzes verknüpfte, nicht Teil der Bundesrepublik. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DzD II/2, S. 344–346. Für den Wortlaut des Artikels 23 GG vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3 f.

Am 29. August 1950 genehmigte die Alliierte Kommandatura Berlin die am 4. August 1950 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Verfassung von Berlin. Gemäß Artikel 87 wurde das Inkrafttreten des Artikels 1, Absatz 2, nach dem die Stadt ein „Land der Bundesrepublik Deutschland“ sein sollte, bis zu dem Zeitpunkt ausgesetzt, da „die Anwendung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Berlin keinen Beschränkungen unterliegt“. Dazu stellte die Alliierte Kommandatura fest, „daß während der Übergangsperiode Berlin keine der Eigenschaften eines zwölften Landes besitzen wird“. Für den Wortlaut des Schreibens sowie der Verfassung vom 1. September 1950 vgl. VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1950, Teil I, S. 433–440.

Unsere Bitte geht somit dahin, in allen Bundesgesetzen die Möglichkeit ihrer Übernahme auf Berlin vorzusehen und demgemäß auch bereits in den Referentenentwürfen entsprechende Formulierungen zu finden. Bisher ist Berlin in verschiedenen Gesetzen (z.B. in dem Bundesversorgungsgesetz⁷, dem Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit⁸) durch Ergänzungen des Bundesrates und Bundestages berücksichtigt worden. Die Erfüllung meiner Bitte, bereits in den dem Kabinett vorliegenden Entwürfen die Einschaltung Berlins vorzusehen, würde die gesetzgeberische Arbeit erleichtern und den Eindruck vermeiden, als ob in der in Rede stehenden Frage Bundestag und Bundesrat der Bundesregierung vorangingen.

Sie sagten den vorstehend wiedergegebenen Gedankengängen Ihre Unterstützung zu, und ich darf hoffen, daß das Bundeskabinett sich Ihrer Auffassung anschließen wird.

2) Die Finanzverantwortlichkeit zwischen Berlin und dem Bund soll und muß in Kürze neu abgegrenzt werden. Die Verwaltungsvereinbarung vom Oktober 1950 ist ein ihrer Natur nach sich auf das Etatjahr 1950/51 beschränkendes Provisorium.⁹ Zwar wird die Neuordnung wieder in der Form einer Verwaltungsvereinbarung durchgeführt werden müssen, sie sollte aber nach unserer Meinung im Prinzip nicht mehr von einer zahlenmäßigen Begrenzung der Haushaltshilfe für Berlin ausgehen, sondern die Grundsätze des Überleitungsgesetzes¹⁰ auch im Verhältnis Bund-Berlin zur Anwendung bringen. Hierbei würde Berlin bestimmte Steuern an den Bund abführen, während dieser die sich aus dem Grundgesetz gegenüber den Ländern ergebenden finanziellen Verpflichtungen auch in bezug auf Berlin zu übernehmen hätte.

Die Frage des Etatausgleichs in Berlin würde normalerweise durch den horizontalen Finanzausgleich gelöst werden. Das Bestehen des Notopfers Berlin¹¹

⁷ Gemäß Paragraph 91 des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) vom 20. Dezember 1950 war die Anwendung des Gesetzes auf Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in Berlin (West) hatten, davon abhängig, „daß die Gebietskörperschaft Groß-Berlin (West) eine gleichartige gesetzliche Regelung trifft und die Verpflichtungen übernimmt, die nach diesem Gesetz den Ländern obliegen“. Für den Wortlaut des Gesetzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 791–806.

Am 12. April 1951 wurde für Berlin (West) eine Regelung getroffen, die rückwirkend zum 1. Oktober 1950 in Kraft trat und den Bestimmungen des Kriegsoferversorgungsgesetzes entsprach. Vgl. dazu VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1951, Teil I, S. 317.

⁸ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. Januar 1951 zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts, das der Regelung des Bundes vom 12. September 1950 entsprach, vgl. VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1951, Teil I, S. 99–106.

⁹ Am 12. Oktober 1950 unterzeichneten Bundesminister Schäffer und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, in Berlin (West) eine Verwaltungsvereinbarung über die Finanzhilfe der Bundesrepublik an Berlin (West). Für den Wortlaut vgl. BERLIN 1945–1951, S. 2124–2126.

¹⁰ Durch das Erste Gesetz vom 28. November 1950 zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund, das rückwirkend zum 1. April 1950 in Kraft trat, wurden die Kriegsfolge- und Soziallasten der Länder übernommen. Der Bund erhielt dafür die bislang den Ländern zustehenden Umsatz- und Verbrauchssteuern. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 773–777.

¹¹ Seit dem 8. November 1948 wurde im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. in der Bundesrepublik das Notopfer Berlin als eine Sondersteuer zur Stützung der Wirtschaft von Berlin (West) eingeführt. Es wurde mit der Einkommen- und der Körperschaftssteuer sowie als Abgabe auf Postsendungen erhoben. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. November 1948 vgl. GESETZBLATT DER VERWALTUNG DES VEREINIGTEN WIRTSCHAFTSGEBIETES 1947–1949, 1948, S. 118–120. Für den Wortlaut

bedeutet eine Vorwegleistung, die es Berlin ermöglicht, ohne die Inanspruchnahme der Länderfinanzen sein kommunales und staatliches Leben inmitten der sowjetischen Wirtschaft zu behaupten. Die Aufrechterhaltung dieses Notopfers und seine Verwendung für Berlin – außerhalb des Überleitungsgesetzes – scheint mit einer ausreichenden Garantie für eine geordnete Finanz- und Haushaltsgebarung in Berlin zu sein.

3) Weiterhin sind z. Zt. folgende Gesetze für Berlin von großer Bedeutung:

Das Gesetz gemäß Art. 131 GG¹², das Lastenausgleichsgesetz¹³ und das Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Diese Gesetze müssen in ihrem Geltungsbereich auch auf Berlin erstreckt werden.

Bei dem Gesetz gemäß Art. 131 darf ich auf die große Anzahl der früheren Reichs- und Staatsbeamten hinweisen, die in Berlin gewirkt haben, zur Zeit noch dort wohnen und deren Versorgung oder Unterbringung dringend einer Regelung bedarf. Der dem Gesetzgeber durch den Artikel 131 GG erteilte Auftrag enthält Verpflichtungen, die bei dem in Berlin betroffenen Personenkreis nach seiner früheren Tätigkeit vom Bunde übernommen werden müssen.

Der Grundgedanke des Lastenausgleichs, einen Vermögensausgleich zu Gunsten der Flüchtlinge und Ausgebombten auf breiter Grundlage zu schaffen, kann an Berlin nicht vorübergehen. Berlin kann den Lastenausgleich nur durch die unmittelbare Anwendung des Bundesgesetzes verwirklichen, wobei den Besonderheiten der Berliner Verhältnisse im Gesetz Rechnung getragen werden müßte. Wir werden unsere Vorschläge in dieser Hinsicht demnächst bekanntgeben.

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein so bedeutsames Instrument zur Regelung des Arbeitsmarktes, daß die Einbeziehung Berlins auch in dieses Gesetz dringend notwendig ist.

Bezüglich der vorstehend genannten und anderer Gesetze bedarf es eingehender Verhandlungen, um ihre Anwendung in Berlin sicherzustellen.

Ich habe diese Gesetze als Beispiele auch deshalb erwähnt, um zu begründen, wie wichtig es ist, schon in den Referentenentwürfen die Einbeziehung Berlins zu berücksichtigen.

4) In unserer Unterredung haben wir Sie gebeten, Ihre Aufmerksamkeit der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin zuzuwenden. Es ist mir bekannt, daß Herr Minister Hellwege mit der Ausarbeitung eines Planes über die Verteilung der oberen Bundesbehörden auf die deutschen Städte befaßt ist. Es

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

des Gesetzes zur Erhebung einer Abgabe „Notopfer Berlin“ im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 29. Dezember 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 35 f.

¹² Artikel 131 GG vom 23. Mai 1949 sah eine Regelung der Rechtsverhältnisse derjenigen Personen vor, „die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind oder bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 17.

Am 1. Dezember 1950 übermittelte der Ausschuß für Beamtenrecht den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 8, Nr. 1672.

¹³ Am 20. Januar 1951 übermittelte Bundesminister Blücher Bundestagspräsident Ehlers den Entwurf eines Gesetzes über einen Allgemeinen Lastenausgleich. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 8, Nr. 1800.

liegt mir fern, über eine allzu große Streuung der Bundesbehörden kritische Bemerkungen zu machen. Die Verwaltungsarbeit würde sich zweifellos reibungsloser gestalten, wenn ein engerer räumlicher Konnex der wichtigsten Bundesorgane besteht. In dieser Beziehung wird Berlin eine Ausnahmestellung einnehmen müssen, denn man kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß Berlin die Reichshauptstadt war und die künftige Hauptstadt sein wird. In diesem Zusammenhang wird man weiterhin berücksichtigen müssen, daß die Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin sowohl ein politisches wie ein psychologisches Gegengewicht gegen die ostzonale Regierung im Ostteil Berlins darstellt. Ferner sprechen auch arbeitsmarktpolitische Gründe für die Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin, weil ein größerer Teil der früheren Reichs- und Staatsbeamten sich arbeitslos in Berlin aufhält.

Das Bundesverwaltungsgericht mit dem ihm angegliederten Dienststrafhof sollen nach ihrer Errichtung in Berlin ihren Sitz haben.

Bei unserer Unterredung nannten Sie die eventuell zu bildende Bundesanstalt für die Angestelltenversicherung als eine größere Dienststelle, die ebenfalls nach Berlin gelegt werden soll. Zur Schaffung der Anstalt bedarf es allerdings noch eines Bundesgesetzes.

Früher war uns mitgeteilt worden, daß die Zusatzversorgungsanstalt in Amberg und die Bundesbetriebskrankenkasse ihren Sitz in Berlin haben sollten. Bisher sind mir keine Maßnahmen bekannt geworden, die der Erfüllung dieser Zusage hätten dienlich sein können.

Berlin selbst wünscht seit langer Zeit, das Bundesaufsichtsamt für das private Versicherungswesen in Berlin arbeiten zu sehen. In einer Sitzung des Berlin-Ausschusses des Bundestages haben sich namhafte Vertreter der Versicherungswirtschaft dahin geäußert, daß Berlin als Sitz möglich sei. Ich möchte dieses Urteil besonders unterstreichen, so daß es nach meiner Ansicht ausschlaggebend von der Einstellung der Bundesregierung abhängt, ob von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird.

Herr Dr. Schumacher und Herr Dr. Tillmanns haben mir von einem Abkommen der maßgebenden Fraktionen des Bundestages Mitteilung gemacht, wonach das Bundesaufsichtsamt in Berlin errichtet werden soll, so daß es nur noch der Zustimmung der Bundesregierung zu bedürfen scheint, um diesen Plan zu verwirklichen.¹⁴

5) Als letzten Punkt möchte ich die Frage der Verkehrsverbindung zwischen dem Westen und Berlin erwähnen.

Wenn es Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, möglich sein sollte, das Programm der Viermächte-Konferenz mit den Herren Hohen Kommissaren zu erörtern, so bitte ich Sie, auf die dringende Notwendigkeit eines freien Zugangs von und nach Berlin aufmerksam zu machen. Ich habe zwar wenig Hoffnung

¹⁴ Am 27. Februar 1951 befaßte sich das Kabinett mit der Frage, wo die Bundesgerichte und Bundesoberbehörden ihren Sitz nehmen sollten. Es wurde u. a. beschlossen, das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen in Hamburg zu belassen und Berlin (West) für den Sitz der Bundesanstalt für Angestelltenversicherung in Aussicht zu nehmen. Vgl. dazu KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 4 (1951), S. 186–189.

hinsichtlich des Erfolges dahingehender Bemühungen, glaube aber, man sollte keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um diese Frage zur Sprache zu bringen.

Die russischen Kontrollen in Marienborn und auf der Autobahn halten viele Menschen von einer Reise nach Berlin ab. Der Güterverkehr kann bei den augenblicklichen Zuständen jederzeit von den Russen erschwert werden.

Das Gefühl der Sicherheit und der Verbundenheit Berlins mit der Bundesrepublik könnte durch eine freie und ungehinderte Verkehrsanbindung ganz wesentlich erhöht werden.

Nach dem aufgestellten Programm werde ich am 8. März 1951 wieder in Deutschland sein. Ich werde Sie gemäß unserer Abrede vor meiner Weiterfahrt nach Berlin aufsuchen und Ihnen über meine Eindrücke Mitteilung machen.

Herr Senator Dr. Klein wird über den genauen Zeitpunkt meines Eintreffens unterrichtet sein. Er wird sich dann auch mit Ihrem Büro wegen einer Verabredung des Zeitpunktes für unser Zusammentreffen in Verbindung setzen.

Ich bin mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Reuter

Bundesarchiv Koblenz, B 136 (Bundeskanzleramt), Bd. 6537*

33

Ressortbesprechung

Tgb. Nr. 4/51

20. Februar 1951¹

Geheim

Niederschrift über die Besprechung über den Plevén-Plan am Dienstag, den 20. Februar 1951 im Haus Schaumburg

Anwesend: Staatssekretär Professor Dr. Hallstein (später);
Herr Blank, Graf Kielmansegg, Herr de Maizièrè – Dienststelle Blank;
Dr. Dittmann, Herr von Kessel, Professor Roediger, Dr. von Ostermann (zeitweise), Dr. Sahm – Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten.

In Abwesenheit von Staatssekretär Hallstein eröffnet Herr Blank um 10 Uhr die Sitzung, die einer ersten Erörterung des französischen Memorandums vom 15. Februar 1951² dienen soll.

Die Herren *Blank* und *Graf Kielmansegg* äußern Bedenken gegen den Inhalt des

* Bereits veröffentlicht in: REUTER, Schriften – Reden, Bd. 4, S. 342–346.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Oberregierungsrat Sahm am 23. Februar 1951 gefertigt.
Hat Oberregierungsrat Ostermann von Roth am 13. März 1951 vorgelegen.

² Zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee vgl. Dok. 27, Anm. 3. Zum militärisch-technischen Teil des Memorandums vgl. Dok. 31.

Memorandums, das in Wirklichkeit in schroffem Gegensatz zu der nach außen proklamierten deutschen Gleichberechtigung stehe. Im übrigen müsse eine Verbindung der Verhandlungen auf dem Petersberg mit denen in Paris vermieden werden. Die Franzosen versuchten allerdings, auch auf dem Petersberg die Konzeption des Pleven-Planes durchzusetzen.

Herr von Kessel weist auf die Auswirkungen der Reise Plevens nach Washington hin.³ Man müsse den Amerikanern in unpolemischer Weise den wirklichen Inhalt des Pleven-Planes klar machen; diese seien schon jetzt hinsichtlich der französischen Absichten mißtrauisch, wie aus ihrem Wunsch nach Teilnahme an den Ausschußsitzungen der Pariser Konferenz hervorgehe. Auch die Italiener seien skeptisch und sähen das Memorandum als Dokument der reaktionären französischen Verwaltung an.

Die Herren Roediger und Graf Kielmansegg bestätigen, daß der gleiche Eindruck bei den Engländern und Holländern⁴ vorherrsche.

Herr de Maizière schlägt vor, es den Italienern zu überlassen, Bedenken gegen den Pleven-Plan vorzubringen⁵, und uns selbst zurückzuhalten.

Herr von Kessel ergänzt dies dahingehend, daß man bis zu einem Ergebnis der bevorstehenden Vier-Mächte-Konferenz eine zwar aufgeschlossene Haltung einnehmen, jedoch die Verhandlungen auf das Vorbringen von Fragen⁶ beschränken solle.

³ Ministerpräsident Pleven traf am 29./30. Januar 1951 mit Präsident Truman in Washington zusammen.

⁴ Am 22. Februar 1951 teilte Generalkonsul I. Klasse Du Mont, Amsterdam, mit, daß die niederländische Regierung das französische Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee für unbefriedigend halte: „Memorandum sei in vielen Punkten unklar und zur Lösung dringenden Verteidigungsproblems ungeeignet. Holländische Regierung habe daher ausweichende Antwort erteilt und beschlossen, sich auch weiterhin nur durch Beobachter in Gestalt ihres Pariser Botschafters vertreten zu lassen. Plan europäischer Armee könne vielleicht vom Standpunkt Integration Europas positiv gewertet werden. Diese sei zwar ein erstrebenswertes, in Linie holländischer Regierung liegendes, aber weit entferntes Ideal, wogegen bei gespannter weltpolitischer Lage rasches wirkungsvolles Handeln notwendig sei. Die von Franzosen gewünschten kleinen Kampfeinheiten halte holländische Regierung für militärisch unzureichend. Überhaupt sei sie über Haltung französischer Regierung zu Verteidigungsfrage nichts weniger als begeistert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; B 10 (Abteilung 2), Bd. 963.

⁵ Auf der dritten Plenarsitzung der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee am 22. Februar 1951 in Paris gab der italienische Delegationsleiter eine Stellungnahme zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 ab. Taviani erklärte, daß der Bildung einer europäischen Armee die Schaffung präziser rechtlicher und politischer Vertragsgrundlagen vorausgehen müsse, wobei die im Schuman-Plan vorgesehenen Organe so weit als möglich zu nutzen seien. Zugleich bat er u. a. um Klärung, welche Bedeutung den unterschiedlichen Befugnissen beizumessen sei, die nach dem französischen Memorandum dem Europäischen Verteidigungskommissar gegenüber Ländern mit bzw. ohne Nationalarmee zustehen sollten. Taviani hob hervor, daß der französische Plan die Schaffung von Einheiten vorsehe, die keine Divisionsstärke hätten. Ferner sprach er sich für die rasche Bildung von Streitkräften zur Luftverteidigung aus und wandte sich gegen das Vorhaben, denjenigen Staaten einer europäischen Armee, die ein Rekrutierungssystem erst noch errichten müßten, den Rückgriff auf Freiwillige und Berufssoldaten nur in Ausnahmefällen zu gestatten. Vgl. dazu B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 51.

⁶ Auf der dritten Plenarsitzung der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee am 22. Februar 1951 in Paris stellte Vortragender Legationsrat von Kessel eine Reihe von Fragen zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951, insbesondere um nähere Auskünfte über die darin verwandten Termini sowie das Amt eines Europäischen Verteidigungskommissars zu erhalten. Der französische Delegationsleiter Alphand nahm hierzu sogleich Stellung. Vgl. dazu B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 51.

Dr. Dittmann gibt hinsichtlich der amerikanischen Haltung Einzelheiten aus dem Bericht von Dr. Böker über seine Amerika-Reise⁷ bekannt.

Zu der französischen Haltung bei der Vier-Mächte-Konferenz meint Herr von Kessel, daß diese eine deutsche Zustimmung zum Plevén-Plan erhofften, ihre eigene Stellungnahme aber noch offen lassen wollten. Das deutsche „Ja“ könne dann zum Handelsobjekt mit den Russen gemacht werden.

Anschließend weisen die Herren Graf Kielmansegg und de Maizière auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die eine Vereinigung von Einheiten verschiedener Nationalitäten innerhalb einer Division mit sich führen muß und die eine europäische Armee im Sinne des Plevén-Planes in der Praxis unmöglich machen würden.

Nunmehr nimmt Staatssekretär Hallstein an der Sitzung teil und erörtert zunächst die organisatorischen Fragen. Die politischen Fragen sollten weiter von Herrn von Kessel beobachtet werden, der dabei den noch zu bestimmenden stellvertretenden Delegationsleiter⁸ unterstützen soll. Die juristischen Fragen werde Herr Professor Ophüls bearbeiten, der ohnehin durch die Arbeiten für den Schuman-Plan noch in Paris bleiben müsse.

Für die finanziellen Fragen müsse noch das Finanzministerium um Abordnung eines Herrn gebeten werden, was Dr. Dittmann übernehmen wird. Zur Bearbeitung der rüstungswirtschaftlichen Fragen werde das Bundeswirtschaftsministerium aufzufordern sein, einen Sachverständigen bereitzuhalten, der zu gegebener Zeit zur Verfügung gestellt werden müsse.

In sachlicher Hinsicht solle man zunächst versuchen, die „période d'explication“ möglichst auszudehnen, und eine ganze Reihe von Fragen stellen, die im einzelnen von der Dienststelle Blank auszuarbeiten seien. Bei allen Verhandlungen müßte zunächst jede verbindliche Stellungnahme vermieden werden, bis die Vier-Mächte-Konferenz abgeschlossen ist. Dem Versuch der Franzosen, die materielle Entscheidung an sich zu ziehen, müsse man entgegentreten; die Hauptentscheidung über einen deutschen Beitrag dürfe nur in Bonn fallen. Herr de Maizière solle nur mit den beschränktesten Vollmachten ausgestattet werden.

Herr Blank weist darauf hin, daß er nach Studium des französischen Memorandums dieses für ein sehr geschicktes Machwerk halte, das in dieser Form niemals die Zustimmung des Bundestages finden werde. Die Grundfrage werde immer sein müssen: Werden deutsche Truppen unter den gleichen Bedingungen kämpfen wie die anderen? Dies bedeute: gleiche Gliederung, gleiche Bewaffnung, gleiche Kommandoführung usw.

Dies alles sei in dem Memorandum jedoch nicht enthalten. Auch sei über das Endziel nichts gesagt.

Staatssekretär Hallstein schließt sich den Ausführungen von Herrn Blank an. Bezeichnend sei eine Äußerung der „Monde“: Das Endziel sei ein Ideal, das mehr

⁷ Referent Böker hielt sich vom 27. Januar bis 15. Februar 1951 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 30.

⁸ In der Mitteilung Nr. 151/51 vom 28. Februar 1951 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bekannt, daß Bundeskanzler Adenauer Vortragenden Legationsrat a. D. Roediger zum ständigen stellvertretenden Delegationsleiter bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris ernannt habe. Vgl. dazu B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 10.

oder weniger erreichbar sei. Der Plan sei ein fadenscheiniges europäisches Mäntelchen über einer deutschen Fremdenlegion.⁹

Andererseits habe die Bundesregierung sich auf die Verhandlungen über den Pleven-Plan eingelassen aus zwei Gründen:

- a) erneute Bestätigung der deutschen Bereitschaft zu jeder positiven Europa-Politik;
- b) der Pleven-Plan wird grundsätzlich als taugliches Mittel einer solchen Europa-Politik angesehen.

Hiervon könnten wir nicht mehr zurück, und es sei auch eine geeignete Verhandlungsgrundlage. Die Gleichberechtigung dürfe nicht zum Diskussionsgegenstand gemacht werden, sondern sei selbstverständliche Voraussetzung für jede Diskussion. Dementsprechend müßten wir bei jedem Punkt, der eine Diskriminierung Deutschlands bedeuten könnte, sofort die gleiche Regelung für alle übrigen Teilnehmer vorschlagen. Dadurch werde ein solcher Punkt entweder ad absurdum geführt oder in einer annehmbaren Form geregelt.

Gegenüber dem Einwand von Herrn de Maizière, daß die deutsche Gleichberechtigung in dem Memorandum erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen sei, verweist Staatssekretär Hallstein auf die Rede von Außenminister Schuman.¹⁰ Wir sollten im übrigen eine positive Haltung einnehmen und uns als die wahren Europäer beweisen, indem wir die aufgestellten Ideale ernst nehmen und auf sofortige Verwirklichung drängen (z.B. Europäische Offiziersschulen, Dolmetscherkompagnien sofort einrichten). – Gegenüber der Presse wolle er darauf hinweisen, daß die Bundesregierung jeden, auch nur bescheidensten Ansatz für eine europäische Einigung aufgreife. Es werde dankbar begrüßt, daß die Franzosen durch ihr Arbeitsdokument einen ersten Entwurf geliefert hätten, der natürlich noch geändert und ergänzt werden müsse. So sei es erforderlich, ein klareres Bild des Endzieles, also der endgültigen Periode, zu erlangen, da nur dann die Übergangsregelungen ausgearbeitet werden könnten.

Herr *Blank* berichtet alsdann über die militärischen Überlegungen. Man habe den deutschen Ausarbeitungen zunächst die Division herkömmlicher Art zugrundegelegt, die in drei Phasen aufgebaut werden könne:

- a) Stämme (Führerkorps usw.)
- b) Kadereinheiten (Vertiefung)
- c) Volleinheiten (mit Waffen usw.).

Falls sich aber der Kampfgruppengedanke durchsetzen und uns die Bildung von Divisionen nicht gestattet werden sollte, dann müsse eine völlig neue Überlegung Platz greifen. Wenn es sich nicht vermeiden lasse, müsse man über die Kampfgruppen in einer Form diskutieren, die es möglich mache, jeweils zwei Kampfgruppen zu einer Division zusammenzufügen. Man dürfe aber auf keinen Fall von „deutschen Kampfgruppen“, sondern nur von Kampfgruppen

⁹ Vgl. dazu den Artikel von Noël Henry „Vers la Fédération de l'Europe par l'armée intégrée“, LE MONDE vom 17. Februar 1951, S. 1.

¹⁰ Am 15. Februar 1951 führte der französische Außenminister Schuman anlässlich der Eröffnung der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris aus: „Au cours de cette conférence comme dans l'application de ses conclusions, tous les pays coopéreront sur une base d'égalité complète, égalité des droits et des devoirs envers la communauté.“ Vgl. L'ANNÉE POLITIQUE 1951, S. 628.

schlechthin sprechen. Dieser Gedanke könne auch beibehalten werden, falls Divisionsbildung ermöglicht wird, denn die Kampfgruppen-Theorie lasse die Möglichkeit offen, sie positiv zu behandeln, ohne die Notwendigkeiten außer acht zu lassen. Man könne darüber durchaus diskutieren, wenn die Kampfgruppen im Sinne der deutschen Überlegungen konstruiert würden. Allerdings sei eine Zusammenfassung zu Divisionen nur bei national übereinstimmenden Kampfgruppen möglich.

Staatssekretär *Hallstein* meint, man solle den Franzosen vorschlagen, daß diese jetzt sofort einige Divisionen in Kampfgruppen umbauen, um ein praktisches Beispiel zu gewinnen. Der deutsche Standpunkt sei demnach folgender:

- a) Beibehaltung von Divisionen ist das Beste;
- b) Kampfgruppen diskutabel, jedoch nicht die des Memorandums, da diese allein nicht aktionsfähig sind.

Graf Kielmansegg führt im einzelnen die deutschen Überlegungen über die Bildung von Kampfgruppen aus, wodurch auch die im Memorandum vorgesehene „réserve générale“¹¹ fortfallen würde. Er verweist auf die amerikanische Militärvorschrift, in der die Division als die unterste strategische Einheit festgelegt wird und unselbständige Kampfgruppen in Divisionen zusammengefaßt würden.

Staatssekretär *Hallstein* regt an, daß General Hays aufgefordert wird, einen Offizier vom Stabe Eisenhowers als Beobachter zu den Pleven-Plan-Verhandlungen entsenden zu lassen. Dr. Dittmann wird dies erledigen.

Herr *de Maizière* schlägt vor, die deutschen Gedanken über die Kampfgruppen nicht in Paris vorzubringen, bis sie auf dem Petersberg bei der nächsten Besprechung, die am Freitag, dem 2. März, stattfindet¹², erörtert worden sind, damit zunächst die Reaktion darauf festgestellt werden kann. Dem wird zugestimmt.

Dr. *Sahm* wird aufgefordert, eine vergleichende Darstellung über die politischen Bestimmungen des Schuman-Planes und des Pleven-Planes auszuarbeiten.¹³

Staatssekretär *Hallstein* schließt die Sitzung um 12.30 Uhr.

B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 48

¹¹ Im französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee wurde ausgeführt, daß die allgemeinen Reserven aus nationalen Elementen zusammengesetzt sein sollten. Sie waren zur Unterstützung größerer Einheiten bestimmt und sollten die Stärke der Kampfgruppen nicht überschreiten. Zur allgemeinen Reserve sollten u. a. Flak-, Pionier-, Nachrichten-, Bau-, Instandsetzungs- und Transporteinheiten gehören können. Vgl. dazu B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 53.

¹² Zur sechsten Besprechung mit Vertretern der AHK über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. Dok. 39.

¹³ Am 23. Februar 1951 legte Oberregierungsrat Sahm eine Übersicht vor, in der die politischen Bestimmungen des französischen Memorandums vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee denen des Vertragsentwurfs zur Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 2. Februar 1951 sowie des Entwurfs einer Konvention für die Übergangsbestimmungen vom 7. Februar 1951 gegenübergestellt wurden. Für den Wortlaut vgl. B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 6.

34

**Legationsrat I. Klasse von Marchtaler, Paris,
an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten**

Tgb. Nr. 8/51 geheim

24. Februar 1951

I. Am 23. Februar um 16 Uhr sind die Chefs der Delegationen (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und Luxemburg) zu einer beschränkten Vollsitzung (session restreinte) unter Vorsitz von Botschafter Alphand zusammengetreten.¹ Von deutscher Seite haben Vortragender Legationsrat von Kessel und Legationsrat von Marchtaler teilgenommen. Nach Eröffnungsworten des Vorsitzenden stellte der belgische Vertreter, Botschafter Baron de Gruben, Generalsekretär des belgischen Außenministeriums, mit dem Hinweis, man befinde sich in diesem Kreise in einer geschlossenen Gesellschaft, eine Anzahl von Fragen, die überraschend wirkten und von den Franzosen ohne besonderes Wohlgefallen aufgenommen wurden. Der belgische Vertreter frug zunächst, wie man die Kampfgruppen aus ihren bisherigen Verbänden herauslösen könne. Dies sei eine äußerst schwierige Aufgabe. Nur in Deutschland sei die Regelung selbstverständlich, da die Kampfgruppen dort vollkommen neu geschaffen und zunächst an die bestehenden alliierten Divisionen angeschlossen werden sollten. Wie solle dies aber in den anderen Ländern erfolgen, wo nationale Armeen bestünden?

Botschafter Alphand erwiderte darauf, die Kampfgruppen sollten innerhalb der nationalen Divisionen verbleiben und ihre Herauslösung lediglich vorbereitet werden. Was den Zeitraum für die Vorbereitung anbelange, so sei die Frist von 18 Monaten nur ein Vorschlag, der sich an den entsprechenden Vorschlag des Petersbergs anlehne. Die Herauslösung der Kampfgruppen aus den nationalen Verbänden solle im Zeitpunkt ihrer Integration in die europäischen Divisionen, das heißt im zweiten Stadium, erfolgen.

Der belgische Delegierte faßte daraufhin diese Antwort des Vorsitzenden folgendermaßen zusammen: Es handele sich also lediglich um die Designierung eines bestimmten Verbandes, der mit einer Vorbereitung seiner Herauslösung verbunden sei. Er schloß daraus, daß man also auch europäische Divisionen ohne Teilnahme von Deutschen bilden könnte, ein Schluß, den der Vorsitzende kategorisch ablehnte. Der belgische Vertreter erklärte weiterhin, man könne den französischen Vorschlägen nicht ohne Besorgnis entgegentreten, insbesondere deshalb, weil man einmal mit den Kampfgruppen keine Erfahrung habe; darüber hinausgehend verwies er auf die Schwierigkeit der Sprachenfrage, bezüglich deren man in Belgien ja schon auf eine Jahrhunderte alte Erfahrung zurückblicken könne. Dabei sei gerade dieser Punkt in Belgien deshalb leichter lösbar, weil auch die Flamen, um die es dabei in erster Linie gehe, samt und sonders über französische Sprachkenntnisse verfügen. Schließlich erklärte der belgische Delegierte, indem er eine gewisse Mißstimmung klar zum Ausdruck brachte, seine Regierung sei über die Petersberger Besprechungen höchst un-

¹ Zur Besprechung vom 23. Februar 1951 vgl. auch FRUS 1951, III/1, S. 769–772.

vollständig unterrichtet worden. Man habe in Brüssel den Eindruck, daß in diesem Punkt eine Umkehrung der Prioritäten eingetreten sei. Ursprünglich sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die deutsche Aufrüstung sehr vordringlich sei. In der letzten Zeit jedoch scheine sich diese Auffassung in ihr Gegenteil verkehrt zu haben, und man habe den Eindruck, daß die deutsche Aufrüstung verlangsamt werden solle. Gegenüber dem Einwand mangelnder Erfahrungen mit den Kampfgruppen und der Schwierigkeit der Sprachenfrage verwies Alphand in erster Linie auf den gegenwärtigen Krieg in Korea, wo Truppenteile aus verschiedenen Nationen wirksam zusammen kämpften. Der Bemerkung des belgischen Delegierten über eine Richtungsänderung der alliierten Haltung zur deutschen Aufrüstung widersprach er in kategorischer Form. An der Dringlichkeit des deutschen Verteidigungsbeitrags werde festgehalten, lediglich die endgültige Form dieses Beitrags sei vorbehalten worden. Nach Auffassung der französischen Regierung könne es sich dabei nur um eine europäische Armee mit combat teams handeln. Eine andere Organisation sei für die französische Regierung nicht annehmbar. Frankreich wünsche, daß Deutschland baldmöglichst mit der Bildung von combat teams beginne. Im übrigen gingen die Besprechungen in Bonn weiter.

Nach Abschluß der Sitzung kam es zu einer vertraulichen Unterhaltung zwischen den belgischen und den deutschen Delegierten, bei der Herr von Kessel feststellen konnte, daß man belgischerseits dem deutschen Standpunkt voraussichtlich großes Verständnis entgegenbringen wird.

II. Der zweite Teil der Sitzung war den Fragen des weiteren Verfahrens der Konferenz gewidmet. Der Vorsitzende schlug vor, zunächst den politischen und den militärischen Fachausschuß zu konstituieren und die Fragen zu diskutieren, die diesen beiden Ausschüssen von den Delegationschefs zur Bearbeitung gestellt werden sollen. Er erklärte, die französische Delegation habe hierfür Fragenlisten ausgearbeitet, die daraufhin den Delegierten übermittelt und von diesen unter Vorbehalt der Hinzufügung weiterer Fragen oder sonstiger Änderungen gebilligt wurden. Die Fragenlisten sind in der Anlage in je vierfacher Ausfertigung beigelegt.²

Es wurde auf deutsche Anregung beschlossen, zur Unterstützung des politischen Ausschusses ein Komitee von juristischen Sachverständigen zu bilden und für einen späteren Zeitpunkt einen Ausschuß von wirtschaftlichen Sachverständigen vorzusehen. Ebenso soll der vorgesehene Ausschuß für finanzielle Fragen später zusammentreten.

Die nächste Sitzung der Delegationschefs wurde auf deutschen Antrag auf Donnerstag, den 1. März, 16 Uhr, festgesetzt. Die deutsche Delegation hat ihre bisherige Zurückhaltung, die sich als sehr nützlich erwiesen hat, damit begründet, daß ihre endgültige personelle Zusammensetzung noch nicht geklärt sei. Es wird jedoch erforderlich sein, bei der nächsten Sitzung, das heißt am Donners-

² Dem Vorgang beigelegt. Die französische Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris schlug vor, dem politischen Ausschuß Fragen zur institutionellen Ausgestaltung zu überweisen. Dagegen sollte sich der Militärausschuß derjenigen Fragen annehmen, die Organisation, Rekrutierung und Ausbildung von europäischen Truppen sowie die Kompetenzen eines Europäischen Verteidigungskommissars betrafen. Vgl. dazu B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 6.

tag, dem 1. März, deutscherseits einige grundlegende Erklärungen abzugeben³ und auch in den Tagesordnungen der Fachausschüsse mit präzisen Vorschlägen aufzuwarten.

Ein Durchschlag je ist für Herrn Staatssekretär Hallstein, die Dienststelle Blank und die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten beigefügt.

i. A. Marchtaler

B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 6

35

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem italienischen Außenhandelsminister Lombardo

Geheim

26. Februar 1951¹

Aufzeichnung über den Besuch des italienischen Außenhandelsministers Exzellenz Lombardo, des Kabinettschefs im Außenhandelsministerium, Ferlesch, und des italienischen Missionschefs Babuscio Rizzo beim Herrn Bundeskanzler im Palais Schaumburg am 26.2.1951 von 11–11.45 Uhr in Anwesenheit von VLR Dr. Dittmann und Dr. Noack als Dolmetscher

Exz. *Lombardo* überbrachte eingangs die Grüße seiner Regierung und des italienischen Volkes und gab dann seiner Bewunderung über die Kölner Messe² Ausdruck, deren Eröffnung er beigewohnt habe. Er freue sich, feststellen zu können, daß die Genien der beiden Länder trotz der hinter uns liegenden Zeit und Regime unverfälscht geblieben seien und daher – wie früher – leicht den Weg zueinander finden würden; sie seien unwandelbarer Ausdruck des Volksgeistes.

Zu der Kölner Messe übergehend, stellte der Herr *Bundeskanzler* mit Befriedigung die Bedeutung des deutsch-italienischen Warenverkehrs fest. Wenn er ein

³ Am 1. März 1951 nahm Vortragender Legationsrat a.D. Roediger seine Tätigkeit als ständiger stellvertretender Delegationsleiter bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris auf. In seiner Antrittsansprache bekannte er sich zum Ziel einer europäischen Einigung und hob die Notwendigkeit hervor, eine schlagkräftige europäische Streitmacht zu bilden. Ferner stellte Roediger konkrete und konstruktive Vorschläge vonseiten der Delegation der Bundesrepublik zur Schaffung einer europäischen Armee in Aussicht. Schließlich regte er die Schaffung von europäischen Offiziersschulen sowie von Dolmetscherschulen an. Vgl. dazu VS-Bd. 6582 (EVG-Delegation); B 150, Aktenkopien 1951.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Noack am 28. Februar 1951 gefertigt.

Hat Botschaftsrat a.D. Kordt am 2. März 1951 vorgelegen, der die Weiterleitung an Konsul II. Klasse a.D. von Nostitz-Drzewiecki und Vortragenden Legationsrat von Etdorf verfügte sowie handschriftlich vermerkte, daß Oberregierungsrat Schueller Kenntnis habe.

Hat Nostitz-Drzewiecki am 13. März 1951 vorgelegen.

Hat Etdorf am 16. März 1951 vorgelegen.

² Die Kölner Frühjahrsmesse fand vom 25. Februar bis 6. März 1951 statt.

politisches Wort sagen dürfe, so möchte er seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß der europäische Gedanke in Deutschland und Italien besonders stark sei. In diesem Zusammenhang würde es ihn interessieren, ob de Gasperi und Sforza in ihren Gesprächen mit den französischen Staatsmännern in Santa Margherita³ auch die Stärke der europäischen Idee hätten feststellen können.

Außenhandelsminister *Lombardo* erklärte, er könne hierüber leider keine Auskunft erteilen, da er sich zur Zeit der Konferenz von Santa Margherita in Kairo aufgehalten habe; dies könne jedoch Botschafter Babuscio Rizzo tun. Er glaube aber, aus seiner Kenntnis von de Gasperi sagen zu können, daß dieser sich sicher bemüht haben werde, den Franzosen auf dieser Konferenz den europäischen Gedanken immer vor Augen zu halten. Außerdem sei italienischerseits sicher die Notwendigkeit der deutschen Gleichberechtigung betont worden, denn ein Land könne erst dann auf seine Souveränität zugunsten einer „Super-Souveränität“ verzichten, wenn die absolute Gleichberechtigung aller Beteiligten gewährleistet sei. Bei der französischen Empfindlichkeit sei dies jedoch sehr schwierig.

Hierzu bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, dies sei auch der Grund, weshalb er seinen alten Wunsch, Italien zu besuchen, noch nicht verwirklicht habe. Er habe ihn klügenderweise immer hintangestellt, um die französische Empfindlichkeit nicht zu verletzen, da ihm eine erste Auslandsreise nach Italien sicherlich sehr verübelt worden wäre.

Exz. *Babuscio Rizzo* gab dann einen ganz kurzen, allgemein gehaltenen Überblick über die Ergebnisse der Konferenz von Santa Margherita. Italien habe ständig die Notwendigkeit der Integration der deutschen Bundesrepublik betont und dafür die volle Zustimmung Frankreichs erhalten. Die italienische Haltung gehe immer von dem Gedanken aus, daß Deutschland zur europäischen Völkerfamilie gehöre. Allerdings seien ihm Einzelheiten über die praktische Verwirklichung der Integration noch nicht bekannt geworden. Er könne daher auch nicht sagen, wie sich Frankreich diese Einzelheiten denke. Nur soviel wisse er, daß auf der bevorstehenden Londoner Konferenz⁴ de Gasperi und Sforza ihre Haltung zur Deutschlandfrage genauso eindeutig vertreten würden wie in Santa Margherita.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er sei über diese Haltung der italienischen Regierung sehr glücklich, danke für alles, was sie in Santa Margherita in der Deutschlandfrage getan habe, und nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, daß sie sich in London ebenfalls für die Bundesrepublik einsetzen wolle. – Heute mittag habe er den englischen Hohen Kommissar⁵ bei sich zu Gast, der ihm wahrscheinlich über die Meinung der englischen Regierung – sofern diese eine habe – Bericht erstatten werde. Es würde ihm eine Freude sein, vor Beginn der Londoner Konferenz die italienische Regierung inoffiziell über alle neuen Gesichtspunkte in Kenntnis zu setzen. Dies würde vor allem die totale Frage der

³ Zur französisch-italienischen Konferenz vom 12. bis 14. Februar 1951 in Santa Margherita vgl. Dok. 22, Anm. 7.

⁴ Ministerpräsident de Gasperi und der italienische Außenminister Sforza hielten sich vom 12. bis 15. März 1951 in London zu Gesprächen mit Premierminister Attlee und dem britischen Außenminister Morrison auf.

⁵ Ivone A. Kirkpatrick.

Eingliederung Deutschlands in die Gruppe der westeuropäischen Staaten bei den Besprechungen auf der Vorkonferenz und gegebenenfalls auf der Vierer-Konferenz betreffen.

Zur Frage der Eingliederung bemerkte Exz. *Babuscio Rizzo*, Botschafter François-Poncet habe ihm gestern erklärt, die Integration Westdeutschlands solle so rasch wie möglich vorgenommen werden, ohne allerdings Einzelheiten hierüber anzugeben. Als ein Rundfunkmann sie auf der Messe gebeten habe, jeder ein paar kurze Worte ins Mikrofon zu sprechen, habe Botschafter François-Poncet mit einem etwas sauren Lächeln erklärt, er sei Zeuge der italienisch-deutschen Zusammenarbeit, über die Frankreich sich freue; wir müßten allerdings die Mode ändern und den jetzt beliebten Hut in einen Dreispitz verwandeln.

Der Herr *Bundeskanzler* streifte die Schwierigkeiten der zurzeit laufenden deutsch-französischen Verhandlungen. Der Pleven-Plan sei ungeheuerlich. Wir schwiegen im Augenblick, da die Atmosphäre zu gespannt sei, als daß man sie mit einem neuen Moment der Unruhe laden könne. Endziel des Pleven-Plans sei jedenfalls die Festigung der militärischen Vorherrschaft Frankreichs in Europa.

Sowohl Exz. *Babuscio Rizzo* wie auch Exz. *Lombardo* waren sich darüber einig, daß Frankreich anstrebe, nicht Gleicher unter Gleichen, sondern *primus inter pares* zu sein. – Exz. *Lombardo* fügte hinzu, es sei ein Unglück für Europa, daß dieser Konkurrenzgeist unter den europäischen Ländern immer noch nicht verschwunden sei. Frankreichs Augen seien immer noch größer als sein Mund. Botschafter François-Poncet habe ihm gestern gesagt, es müsse endlich einmal mit den weibischen Eifersüchteleien zwischen Italien und Frankreich Schluß gemacht werden. Er, *Lombardo*, habe ihm erwidert, aber auch mit den männlichen Wettkämpfen zwischen Frankreich und Deutschland.

Auf die Frage des deutsch-italienischen Waren- und Zahlungsverkehrs eingehend erklärte Exz. *Lombardo*, die derzeitige schlechte Lage auf diesem Gebiet habe ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel überrascht.⁶ Italien wolle jedoch Deutschland liebevoll und mit dem besten Willen in dieser schwierigen Situation beistehen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, er hoffe, es handle sich um einen vorübergehenden Zustand. Wir hätten viele Forderungen im Ausland, die je-

⁶ Mit Schriftbericht Nr. 85 vom 15. Januar 1951 informierte Generalkonsul I. Klasse Clemens von Brentano, Rom, über ein Gespräch, das er unter Hinzuziehung des Leiters der Wirtschaftsabteilung, Eiswaldt, mit dem Generaldirektor der Abteilung „Handelsverträge“ im italienischen Außenhandelsministerium über Fragen des Warenverkehrs geführt hatte. Dabei habe Dall'Oglio die wirtschaftlichen Konsequenzen hervorgehoben, die Italien entstünden, falls die Bundesrepublik im ersten Quartal 1951 anstelle der zugesicherten 950 000 t nur 750 000 t Kohle liefern könne. Ferner habe er auf die Schwierigkeiten verwiesen, die italienische Importeure bei der Einfuhr von Waren aus der Bundesrepublik hätten, insbesondere bei Schrott, Halbfertigwaren des Eisen- und Stahlsektors sowie zahlreichen chemischen Grundprodukten. Dall'Oglio habe betont, „daß Italien bei einer so weitgehenden Verschlechterung seiner Kohlenversorgung und einer Fortdauer der erwähnten Einfuhrschwierigkeiten auch seinerseits kaum in der Lage sein dürfte, die vereinbarten Lieferungen in Pyriten, Hanf, Zinkerzen, Schwefel und Quecksilber durchzuführen“. Dem habe Eiswaldt entgegengehalten, „daß in den letzten Wochen in zunehmendem Maße auch deutsche Importeure lebhaft darüber Klage führten, daß ihre italienische Lieferanten die erforderlichen Ausfuhrbewilligungen nicht erhielten oder erst mit monatelanger Verspätung, während welcher Zeitdauer dann meist erhebliche Preissteigerungen eingetreten seien“. Vgl. Unterabteilung 40, Bd. 58.

doch erst langsam hereinkämen. Große Sorgen bereite ihm dagegen das immer näherrückende Ende der Marshall-Plan-Hilfe.⁷ Die dadurch entstehenden Probleme versuche er allerdings schon fortwährend mit den amerikanischen Stellen in Deutschland zu klären. Er habe jedoch den Eindruck, daß diese noch keine diesbezüglichen Anweisungen hätten. Es werde ihn interessieren, von Exz. Lombardo zu erfahren, wie er sich den Fortgang der europäischen Wirtschaft nach Beendigung des Marshall-Plans denke.

Exz. Lombardo meinte hierzu, vor allem müßten die Beziehungen der europäischen Länder zu allen anderen Wirtschaftsgebieten erheblich verstärkt werden. Er sei aber überzeugt, daß es Amerika nach Ablauf des Marshall-Planes auch nicht an Hilfe werde fehlen lassen. Diese würde allerdings nicht als Unterstützung gewährt werden, sondern in Form von Zusammenarbeit erfolgen. Bei seinen häufigen Reisen nach Washington habe er Gelegenheit gehabt, mit allerhöchsten Wirtschaftsführern und den Beamten des State Department zu sprechen, und dabei den Eindruck gewonnen, daß ein ganz schematischer Plan für eine weitere Wirtschaftshilfe für Europa in Vorbereitung sei. Allerdings wolle man das Gelingen dieses Planes nicht dadurch gefährden, daß man ihn vorzeitig dem Kongreß bekanntgebe, der für die Männer des State Department gewissermaßen eine große Vogelscheuche sei. Auf eine Zwischenfrage des Kanzlers, ob wohl eine Lücke entstehe, bevor ein neuer Plan in Kraft trete, erklärte Exz. Lombardo, nach seinen Besprechungen mit den führenden Finanzleuten Amerikas, insbesondere nach der Lektüre des für die große Öffentlichkeit umgearbeiteten Gordon-Gray-Berichts⁸, der in seiner Neufassung der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Wirtschaftshilfe entspreche, sei er von einem lückenlosen Hilfsprogramm überzeugt.

In Amerika sei man über die heikle Lage Europas auf dem Gebiet der Produktion ausgezeichnet unterrichtet; insbesondere sei man sich über die Auswirkungen der Wiederaufrüstung auf die noch schwache europäische Wirtschaft im klaren. Man dürfe daher überzeugt sein, daß die Amerikaner mit einer europäischen Verschiebung der Wirtschaftshilfe, die ursprünglich 1953 oder 1954 aufhören sollte, rechnen.

Der Herr Bundeskanzler warf hier ein, es bereite ihm große Sorge, daß man in den USA eine Wirtschaftshilfe womöglich improvisiere.

⁷ Nach Artikel 122 a des Auslandshilfegesetzes der USA (European Recovery Program) vom 3. April 1948 lief die Marshall-Plan-Hilfe spätestens zum 30. Juni 1952 aus. Für den Wortlaut vgl. UNITED STATES. STATUTES AT LARGE 1948, Bd. 62, Teil I, S. 155.

⁸ Am 2. April 1950 ernannte Präsident Truman den Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gray, zum Sonderberater mit der Aufgabe, Vorschläge für die Planung der amerikanischen Auslandshilfe nach Beendigung der Marshall-Plan-Hilfe auszuarbeiten. Am 17. September 1950 regte Gray an, in den USA eine Verwaltungsbehörde für die Abwicklung der gesamten Auslandshilfe zu bilden und über diese zugleich die Kreditpolitik der Export-Import-Bank und der amerikanischen Mitglieder bei der Weltbank zu dirigieren. Mit Ende der Marshall-Plan-Hilfe sollte für drei oder vier Jahre ein neues Programm mit sukzessiv fallenden Hilfsbeträgen aufgelegt werden. Ein Unterstützungsprogramm für unterentwickelte Gebiete mit einer Laufzeit von zehn Jahren sowie ein Programm für technische Hilfe waren ebenfalls vorgesehen. Ferner schlug Gray vor, eine internationale Organisation für die Zuteilung knapper Rohstoffe während der Zeit der Aufrüstung des Westens einzurichten. Schließlich sprach er sich dafür aus, die Zolltarife der USA für Einfuhren zu senken. Vgl. dazu den Artikel „Aid to Europe after 1952“, THE TIMES vom 18. September 1950, S. 4.

Exz. *Lombardo* erklärte jedoch, es gäbe hier zweierlei: Einerseits eine ganz schematisch aufgebaute Wirtschaftspolitik, als deren Zentrum er das National Advisory Board⁹ bezeichnete, andererseits allerdings auch die von allen Seiten immer wieder wie Irrwische dazwischenkommenden Improvisatoren, mit denen sich die Ratgeber Trumans immer wieder auseinanderzusetzen hätten. Diese Ratgeber seien jedoch sehr einflußreich und befänden sich nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der eigentlichen „Administration“; sie verfolgten eine sehr konsequente Politik.

VS-Bd. 4651 (Abteilung 3)

36

Ressortbesprechung

Tgb. Nr. 13/51

27. Februar 1951¹

Geheim

Niederschrift über die Besprechung über den Plevén-Plan am Dienstag, dem 27. Februar 1951, im Haus Schaumburg

Anwesend: Staatssekretär Professor Dr. Hallstein, Geheimrat Dr. Roediger, Dr. Dittmann, Dr. von Ostermann – Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten; Graf Kielmansegg, Herr de Maiziére – Dienststelle Blank; Dr. Sahm – Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten.

StS *Hallstein* eröffnet die Besprechung um 10.00 Uhr mit der Erörterung organisatorischer Fragen. Auf Wunsch von Herrn Blank soll Herr Dr. Pauls von der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten als Mitarbeiter von Herrn de Maiziére nach Paris entsandt werden. Es wurde erwogen, daß Herr Dr. Pauls gleichzeitig als Nachfolger für Herrn von Marchtaler die Leitung des Sekretariats der Delegation für den Plevén-Plan übernimmt. Als juristischer Berater der Delegation werde im Einvernehmen mit dem Bundesjustizminister Herr Professor Ophüls in Paris bleiben.

Herr *de Maiziére* teilt mit, daß das sogenannte „Steering Committee“ von den Chefs der Delegationen der Teilnehmerländer gebildet werde, die von jeweils nur einem Herrn begleitet sein sollen. Die nur durch Beobachter vertretenen

⁹ In Artikel 106 des Auslandshilfegesetzes vom 3. April 1948 war festgelegt, daß der Nationale Beratungsausschuß für internationale Währungs- und Finanzprobleme (National Advisory Council on International Monetary and Financial Problems, NAC) die Politik und Maßnahmen der USA in bezug auf den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Export-Import-Bank und allen anderen Regierungsstellen abstimme, die mit der Begebung ausländischer Anleihen oder ausländischen Wechsel- und Geldtransaktionen befaßt waren. Im NAC führte der Finanzminister den Vorsitz; zum Beirat gehörten weiterhin der Außenminister, der Handelsminister, der Vorsitzende des Rats der Gouverneure des Federal-Reserve-Systems und der Vorsitzende der Export-Import-Bank sowie der ERP-Verwalter. Für den Wortlaut vgl. UNITED STATES. STATUTES AT LARGE 1948, Bd. 62, Teil I, S. 141.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Oberregierungsrat Sahm am 2. März 1951 gefertigt.

Länder nehmen an den Sitzungen des „Steering Committee“ nicht teil. Folgende vier Ausschüsse sollen gebildet werden:

- a) Politische Fragen (mit Unterausschuß für juristische Fragen),
- b) Militärische Angelegenheiten.

Außerdem sollen später noch gebildet werden die Ausschüsse für:

- c) Wirtschaftliche Fragen und
- d) Finanzielle Angelegenheiten.

Dr. Sahm wird beauftragt, mit dem Bundeswirtschaftsministerium die Frage eines deutschen Vertreters für den wirtschaftlichen Ausschuß zu besprechen. Es soll ein Herr in Aussicht genommen werden, der für längere Zeit abkömmlich ist und besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Ausrüstung und Waffenproduktion besitzt. Die Benennung dieses Herren soll im Einvernehmen mit dem Marshallplan-Ministerium erfolgen.²

Für den Finanzausschuß sei bereits Herr Dr. Vialon vom Bundesfinanzminister³ bestimmt worden.

(*Graf Kielmansegg* berichtet, daß die deutschen Vertreter auf dem Petersberg ausdrücklich auf eine eigene Waffenproduktion verzichtet hätten, es sei denn, daß die Franzosen einen ausdrücklichen Wunsch in dieser Richtung äußerten.)⁴

Der Wunsch der Delegation, einen eigenen Wagen nach Paris zu bekommen, solle noch einmal geprüft werden.

Die Entsendung eines besonderen Pressereferenten zu der Delegation als Nachfolger für Herrn Krapf werde nicht für erforderlich gehalten. Herr Geheimrat Roediger werde gebeten, mit dem Generalkonsulat eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Pressereferent des Generalkonsulats, Herr Kohn-Brandenburg, die Presseaufgaben der Plevn-Plan Konferenz mit übernimmt.

Der Verteiler der Pariser Dokumente solle möglichst beschränkt werden.

Die Benachrichtigung der Presse in Deutschland erfolge ausschließlich durch das Presseamt. Die Erteilung sonstiger Auskünfte sei abzulehnen. Soweit erforderlich, werde nach jeder Besprechung in Bonn der Staatssekretär ein entsprechendes Kommuniqué an das Bundespresseamt weiterleiten. Der Pressekontakt der Delegation in Paris erfolge dagegen unter eigener Verantwortung.

StS *Hallstein* hält eine ständige persönliche Verbindung der Delegation mit Bonn für dringend erforderlich. Möglichst sollte jede Woche ein Mitglied der Delegation zur Berichterstattung nach Bonn kommen. Diese Besprechungen werden grundsätzlich am Dienstag jeder Woche stattfinden.

Anschließend erstattet Herr *de Maizière* Bericht über die Vollsitzung am 22.2., wobei er sich im wesentlichen im Rahmen der im Protokoll enthaltenen Angaben hält.⁵

² Vertreter der Delegation der Bundesrepublik im Wirtschaftsausschuß wurde Ministerialrat von Boeckh, Bundesministerium für Wirtschaft.

³ Fritz Schäffer.

⁴ Zu den Ausführungen des Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, in der vierten Besprechung mit Vertretern der AHK am 2. Februar 1951 auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. Dok. 21.

⁵ Zur dritten Plenarsitzung der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee am 22. Februar 1951 in Paris vgl. Dok. 33, Anm. 5 und 6.

StS *Hallstein* weist auf die Bedeutung der Ausführungen auf Seite 7, Absatz 2, des Protokolls hin, wonach Europa nicht nur in Europa verteidigt werde.⁶

Herr *de Maizière* berichtet alsdann, daß er am vergangenen Sonnabend mit dem italienischen militärischen Vertreter, Oberst Turini, eine Privatzusammenkunft gehabt habe. Dieser habe größte Bedenken gegen die national gemischten Divisionen sowie gegen die französische Kampfgruppen-Theorie geäußert.⁷ Er könne sich die Kampfgruppen nur als „*division en poche*“ vorstellen. In dem militärischen Komitee solle man die Erörterung derjenigen Fragen für den Anfang vorziehen, die leicht zu einer gemeinsamen Übereinkunft führen könnten, während die schwierigen Fragen zurückgestellt werden sollten. Er (Turini) und *de Maizière* seien die einzigen Soldaten bei der Konferenz, die Rußland kennen. Alle übrigen machten sich über Rußland Illusionen.

Herr *de Maizière* berichtet weiter, daß er den italienischen Friedensvertrag geprüft habe, in dem Italien außerordentlich schwere militärische Einschränkungen auferlegt seien. Bei den Panzern und der Luftwaffe seien die zugestandenen Einheiten außerordentlich gering.⁸ Italien sei daher mindestens ebenso wie Deutschland an der Erlangung völliger Gleichberechtigung interessiert.

Mit Belgien sei lediglich auf der politischen Ebene Verbindung aufgenommen worden. Im übrigen habe der belgische Vertreter bei der Sitzung der Delegationschefs überraschend materielle Fragen aufgegriffen und alle wunden Punkte berührt.⁹ Die Antworten von Herrn Alphand seien meist negativ gewesen. Offensichtlich stünden die Franzosen aber völlig allein in ihrer Auffassung von dem Aufbau der Kampfgruppen. Am Ende der Sitzung hätten die Franzosen die fertige Tagesordnung für die Sitzungen in den Komitees überreicht. Für das militärische Komitee sei als erster Punkt die Frage der Kampfgruppen vorgesehen.¹⁰ Die deutsche Delegation wolle versuchen zu erreichen, daß zunächst die anderen Punkte besprochen würden.

⁶ Der französische Delegationsleiter bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris, Alphand, führte aus, daß das französische Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee keineswegs eine Begrenzung der Gebiete vorsehe, „deren Verteidigung der Europäischen Armee zufallen wird. Diese Armee muß nämlich die Verteidigung Westeuropas als eines Ganzen sicherstellen, einschließlich des Mittelländischen und des Südlichen Sektors.“ Vgl. B 14 (Sekretariat Plevin-Plan), Bd. 51.

⁷ Am 25. Februar 1951 berichtete Oberstleutnant a. D. *de Maizière*, Paris, über ein Gespräch mit dem italienischen Oberst Turini vom Vortage, in dem dieser ausführte: „Auch er habe Bedenken gegen die Wirksamkeit einer gemischt-nationalen europäischen Division; er belegte diese Bedenken mit einigen praktischen Beispielen. Ebenso hielt er die vorgeschlagene Zusammensetzung einer Kampftruppe aus Infanterie und leichter Artillerie für nicht ausreichend.“ Vgl. VS-Bd. 6582 (EVG-Delegation); B 150, Aktenkopien 1951.

⁸ Nach Artikel 54 des Friedensvertrags vom 10. Februar 1947 durfte Italien 200 Panzer besitzen. Zudem war in Artikel 64 festgelegt, daß Italien 200 Kampf- und Aufklärungsflugzeuge sowie 150 Transportflugzeuge, fliegende Rettungssysteme und Schulungsmaschinen unterhalten dürfe. Durch Artikel 65 wurde die Stärke der Luftwaffe auf 25000 Mann beschränkt. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 49, S. 27 bzw. S. 32.

⁹ Zu den Ausführungen des belgischen Delegationsleiters bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris, Baron de Gruben, am 23. Februar 1951 vgl. Dok. 34.

¹⁰ Zum Tagesordnungsprogramm für den Militärausschuß, das die französische Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee am 23. Februar 1951 vorgeschlagen hatte, vgl. Dok. 34, Anm. 2.

Der französische General¹¹ habe auch versucht, mit Herrn de Maizière Kontakt aufzunehmen. Man habe ihm gegenüber jedoch zunächst Zurückhaltung gezeigt. Es erscheine richtiger, zunächst mit den anderen Delegationen Verbindung aufzunehmen. Graf Kielmansegg und die Generale würden am Donnerstag bei General Hays versuchen, eine amerikanische Militärvertretung bei der Konferenz anzuregen. Herr von Kessel beabsichtige, eine Verbindung zwischen Herrn de Maizière und Offizieren vom Stabe Eisenhower herzustellen.

Herr von Kessel habe im übrigen der Meinung Ausdruck gegeben, daß man nunmehr von deutscher Seite gewisse Erklärungen abgeben müsse, die eine grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit zum Ausdruck brächten.

StS *Hallstein* nimmt nunmehr zu den materiellen Fragen das Wort und weist darauf hin, daß die Bedeutung der gegenwärtigen Entscheidungen folgende Reihenfolge hätten:

a) Eisenhower, b) Petersberg, c) Plevan-Plan.

Die Plevan-Plan Konferenz sei praktisch eine Konferenz zwischen Deutschland und Frankreich.

Bei den Verhandlungen solle man zunächst die Frage der Divisionen einheitlicher Nationalität offenlassen, damit sie nicht von vorneherein abgelehnt werde. In gleicher Weise solle man aber auch den französischen Vorschlag als Möglichkeit bestehen lassen. Alle schon jetzt getroffenen Lösungen bei der Konferenz dürften die Möglichkeit von national einheitlichen Divisionen nicht ausschließen. Allerdings sei es ein Problem, ob diese Frage jetzt schon überhaupt angeschnitten werden könne. Man müsse zunächst im militärischen Ausschuß theoretische Untersuchungen anstellen. Gleichzeitig solle man jedoch vorschlagen, daß z.B. Frankreich und Italien gemeinsame Manöver mit gemischten Einheiten durchführen sollten, um den französischen Vorschlag praktisch zu erproben. Dieses Manöver werde die Undurchführbarkeit beweisen.

Herr de *Maizière* meint demgegenüber, daß die Franzosen mit Recht einwenden würden, daß die Ausbildungsvorschriften heute noch zu verschieden seien, um schon jetzt erfolgreiche Versuche dieser Art anzustellen.

StS *Hallstein* erwidert, daß man dann eben einen Aufschub von etwa 18 Monaten verlangen müsse. Dann würde eine europäische Lösung gemeinsam einschließlich Deutschlands geprüft werden können. Im übrigen müsse betont werden, daß man nicht genügend Erfahrungen mit Kampfgruppen verschiedener Nationalität besitze, um heute schon Entscheidungen dafür treffen zu können. Die Kampfgruppe als selbständig operierende Einheit stünde im übrigen nicht mehr zur Diskussion. Es frage sich lediglich, ob die Zurückstellung dieser Frage nicht militärisch unsinnig sei.

Graf *Kielmansegg* verliest Auszüge aus dem Entwurf für die Ausführungen von Herrn Blank bei der nächsten Besprechung auf dem Petersberg.¹² Diese enthalten kurz zusammengefaßt vier Punkte:

a) alle deutschen Gedanken in dieser Frage sind nur Hypothesen;

¹¹ Edgar de Larminat.

¹² Zur sechsten Besprechung mit Vertretern der AHK am 2. März 1951 auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. Dok. 39.

- b) die Division ist die einzig mögliche taktische Einheit, wobei auf den Pleven-Plan verwiesen wird;
- c) ausführliche Einwände gegen national gemischte Divisionen;
- d) deutsche Vorschläge für den Aufbau der Kampfgruppen und des Führungsstabes.

Unser Vorschlag, eine Division aus zwei Kampfgruppen zu bilden, bedeute schon ein Nachgeben gegenüber der deutschen Überzeugung von der bestmöglichen Division. Dieses Nachgeben erfolge aus politischen Gründen. Unsere Forderungen aber seien folgende:

- 1) Die Kampfgruppe müsse eine vollständige Division im kleinen sein (Division en poche).
- 2) Es müsse verschiedene Typen von Kampfgruppen geben.
- 3) Die Größe der Einheiten müsse beschränkt werden, damit sie beweglich bleiben.
- 4) Bildung eines Divisionsstabes, der im Frieden die territoriale Einheit darstelle (Wehrkreis) und im Krieg geeignet sei, die taktische Führung zu übernehmen.

StS *Hallstein* führt hierzu aus, daß man sich vorerst auf diese Punkte beschränken solle. Die Amerikaner seien durch die bevorstehende Vier-Mächte-Konferenz in ihrer Aktivität gemindert, so daß jede verschiebbare Frage jetzt besser nicht behandelt würde. Im übrigen könnten die deutschen Vorschläge für den Petersberg zu gegebener Zeit mit einem stark positiven Akzent auch in Paris vorgetragen werden. Dies erfordere jedoch, daß im Augenblick in Paris noch nicht über die gleichen Dinge verhandelt werde. Man könne zur Begründung darauf hinweisen, daß andere Instanzen ein wesentliches Mitspracherecht hätten (Eisenhower, Petersberg) und daß es in erster Linie die Aufgabe der Konferenz sei, eine Wehrverfassung aufzustellen, nicht aber spezifische Führungsfragen zu behandeln. Schon die Verhandlungen über die Tagesordnung müßten in die Länge gezogen werden, um das Ergebnis der Besprechungen auf dem Petersberg abzuwarten. Man solle möglichst den anderen Teilnehmern die Vorhand überlassen. Insbesondere sollte die Frage der Kampfgruppen, wenn irgend möglich, von den Italienern vorgebracht werden.

Als zweiten Punkt halte er es für erforderlich, daß geprüft würde, welche Ergänzungen des französischen Planes¹³ notwendig seien, um die Regeln, die für Deutschland vorgesehen seien, auch auf die anderen anzuwenden. Der Standpunkt Schumans, daß die unterschiedliche Behandlung Deutschlands durch das Nichtvorhandensein einer nationalen Armee bedingt sei, sei nur dann tragbar, wenn die aktuellen Bedingungen in Deutschland ausdrücklich diese jeweiligen Unterschiede verlangten. Man dürfe nicht jede unterschiedliche Behandlung anerkennen, die gegebenenfalls gar nicht durch die besonderen Verhältnisse begründet sei. So solle man die Frage der Belgier aufgreifen, wie Kampfgruppen bei den schon bestehenden Heeren gebildet werden sollen.

Graf Kielmansegg weist darauf hin, daß die für die erste Phase vorgesehenen 18 Monate für den Aufbau deutscher Einheiten auch auf dem Petersberg für

¹³ Zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee vgl. Dok. 27, Anm. 3. Zum militärisch-technischen Teil des Memorandums vgl. Dok. 31.

den Aufbau deutscher Einheiten vorgesehen war. Bei den deutschen Einheiten seien in diesem Zeitraum jedoch vier bis sechs Monate einberechnet, die der gesetzlichen und organisatorischen Vorbereitung dienten, bis der erste Rekrut eingezogen werden könne. Dies gelte jedoch nicht für die Franzosen, die somit schon eher mit der Bildung der Kampfgruppen beginnen könnten.

StS *Hallstein* bestätigt dies mit der Forderung, daß die Franzosen einen praktischen Anfang machen sollten. Hierbei müßten wir uns die Unterstützung der Amerikaner sichern. Die Dienststelle Blank solle baldmöglichst einen rohen Plan für die Einrichtung einer europäischen Offiziersschule entwerfen, der in Paris vorgelegt werden könne. Das gleiche gelte für Dolmetscherschulen und ähnliche systemgerechte Ergänzungen des Planes, die man mit allem Ernst in Paris vorbringen müsse.

Als dritter Punkt sei zu prüfen, welche Lücken der Plan habe und als 4. Punkt, wo er zu weit gehe. Z.B. könne die Festlegung einer „Zone de Combat“ nicht Gegenstand eines internationalen Vertrages über Fragen der Wehrverfassung sein. Dies könne sich erst aus der aktuellen militärischen Situation im Falle eines Angriffs ergeben.

Zu den politischen Fragen sei zu bemerken, daß die Analogie zum Schuman-Plan nicht zu weit getrieben werden dürfte. Am einfachsten sei es noch bei der Assemblée.¹⁴ Bei der Cour werde es sich im Rahmen des Pleven-Plans wohl vor allem um völkerrechtliche Fragen handeln, während doch offensichtlich nicht an ein europäisches Kriegsgericht gedacht sei.¹⁵

Graf *Kielmansegg* teilt dazu mit, daß ein einheitliches Strafgesetz sehr viel einfacher aufzustellen sei als eine gemeinsame Disziplinarordnung. Diese letztere sei in den verschiedenen Ländern außerordentlich unterschiedlich, was auf die verschiedenen nationalen Charaktere zurückzuführen sei.

StS *Hallstein* ist der Ansicht, daß die Forderung nach national einheitlichen Divisionen nicht bedeuten müsse, daß für diese Divisionen unterschiedliche Regeln festgesetzt würden. Man könne vielmehr einheitliche Organisationsgrundsätze für sämtliche militärischen Verbände aufstellen.

Dr. *Sahm* weist darauf hin, daß die Verweigerung der Bekanntgabe der Brüsseler Beschlüsse der Atlantikpaktorganisationen¹⁶ an Deutschland zeige, daß

¹⁴ Zur Gemeinsamen Versammlung wurde im französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee ausgeführt: „Die Tätigkeit des Kommissars wird durch die Einrichtung einer gemeinsamen Versammlung einer demokratischen Kontrolle unterstellt. Dies kann die Versammlung sein, die für die Kontrolle der Durchführung des Schuman-Plans vorgesehen ist. Ihr gehören die Vertreter der an der Europäischen Armee beteiligten Nationen an. Der Kommissar hat ihr alljährlich über seine Tätigkeit Rechenschaft zu geben, und die Versammlung kann durch einen Mißtrauensantrag den Rücktritt des Kommissars herbeiführen. Die Konferenz hat außerdem die Zuständigkeit der Versammlung auf finanziellen Gebiete festzulegen.“ Vgl. B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 53.

¹⁵ Zum Gerichtshof wurde im französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee ausgeführt, dieser könnte damit beauftragt werden, „die Gewähr dafür zu übernehmen, daß der Kommissar gemäß dem Vertrag tätig wird. Die Staaten und der Ministerrat könnten bei ihm eine Nichtigkeitsbeschwerde erheben. Da der Gerichtshof jeweils nur über einen bestimmten Tatbestand zu befinden hat, würde er in die anderen Einrichtungen der Gemeinschaft zustehenden Kompetenzen nicht eingreifen und gleichzeitig dafür bürgen, daß jede Einrichtung innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit bleibt.“ Vgl. B 14 (Sekretariat Pleven-Plan), Bd. 53.

¹⁶ Zu den Beschlüssen auf der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1950 in Brüssel vgl. Dok. 6, Anm. 3, Dok. 19, Anm. 7 und Dok. 64, Anm. 3.

schon im Formellen keine Gleichberechtigung bei den Verhandlungen bestünde, da allen anderen Teilnehmern diese Beschlüsse bekannt seien.

StS *Hallstein* betont, daß diese Frage unbedingt geklärt werden müsse. Die deutsche Delegation solle bei den Verhandlungen das Einverständnis der Konferenz verlangen, daß die Brüsseler Regelung nicht Gegenstand der Diskussion sei, da sie Deutschland nicht bekannt sei. Es werde erwartet, daß die anderen Delegationen nicht daran gebunden seien. Die deutsche Delegation müsse ferner verlangen, daß diese Feststellungen in das offizielle Protokoll aufgenommen würden.

Schluß der Sitzung um 12.30 Uhr.

B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 4

37

Legationsrat I. Klasse von Marchtaler, Paris, an Staatssekretär Hallstein

Geh. Nr. 6/51

27. Februar 1951¹

Im Anschluß an das Fernschreiben Nr. 02127 vom 27.2.1951²

Der hiesige amerikanische Botschafter Bruce hat aus eigener Initiative am 27.2.1951 Herrn von Kessel, Professor Ophüls und mich in seinem Privathaus zum Frühstück eingeladen. Von amerikanischer Seite nahm noch Herr Riddleberger an dem Frühstück teil. Botschafter Bruce führte dabei zum Plevén-Plan folgendes aus:

Amerika habe ein vitales Interesse daran, daß eine Einigung Europas zustandekomme, die allein die Möglichkeit dafür biete, daß Europa in der westlichen Welt wirksam eine helfende Rolle spiele. In diesem Licht sehe Amerika auch den Plevén-Plan, wozu allerdings ausschlaggebend noch die Erwägung komme, daß möglichst bald eine schlagkräftige europäische Armee aufgestellt werden müsse. Von diesen Gesichtspunkten werde sich Amerika bei seiner Stellungnahme leiten lassen. Die technischen Einzelheiten müßten demgegenüber zurücktreten. Amerika werde jede Lösung unterstützen, die sachlich durch die erwähnten Gesichtspunkte gerechtfertigt sei. Amerika sei sich bewußt, daß die

¹ Durchdruck.

² Mit Drahtbericht vom 27. Februar 1951 kündigte Legationsrat I. Klasse von Marchtaler, Paris, einen Schriftbericht über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Paris an. Bruce habe betont, „daß nach der allgemein herrschenden Stimmung die Bereitschaft Amerikas zu Hilfeleistungen an Deutschland mit Annahme Schuman-Planes durch Bundesrepublik stehe und falle. Nichtannahme des Schuman-Planes würde dazu führen, daß Amerika in allen anderen Fragen jedes Interesse an Deutschland verlieren würde. Schuman-Plan habe selbst für diejenigen Amerikaner, die die Einzelheiten nicht kennen, symbolische Bedeutung erlangt und sei für die öffentliche Meinung Amerikas zum Prüfstein für die gesamte künftige politische Haltung Deutschlands geworden.“ Vgl. VS-Bd. 6582 (EVG-Delegation); B 150, Aktenkopien 1951.

Lösung dieser Frage im wesentlichen von der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich abhängen. Wenn zwischen diesen beiden Staaten ein Übereinkommen erreicht werde, so würden sich dem alle anderen europäischen Länder anschließen.

Der Botschafter stellt im Zuge dieses Gedankenganges zur Erwägung, ob nicht schon jetzt, vor der Vertiefung in die technischen Einzelheiten, eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich über die grundlegenden Fragen der Europa-Armee möglich sei. Er erkannte dabei an, daß diese Einigung wesentlich von der Stellungnahme zur Frage der Kampfgruppen abhängig sei und daß es weder den Bedürfnissen der Verteidigung entspreche, noch der deutschen Öffentlichkeit zugemutet werden könne, eine Lösung anzunehmen, die den politischen Aspekt wahre, aber militärisch untauglich sei; dafür sei insbesondere die deutsche öffentliche Meinung aus eigener Erfahrung zu genau über militärische Dinge unterrichtet. Er riet, die Frage der Kampfgruppen abseits von dem Gegensatz der Schlagworte „Divisionen“ oder „nicht Divisionen“ in Angriff zu nehmen. Man könne, meinte er, von dem Gedanken ausgehen, daß die Kampfgruppe eine sich selbst genügende Einheit (self sufficient unit) sein müsse. Bei Verfolgung dieses Gedankens, dessen Ausgestaltung die gesamten Erfahrungen der neueren Zeit über die Bedürfnisse an schweren Waffen usw. berücksichtigen müsse, werde man wahrscheinlich zu dem Schluß kommen, daß die Kampfeinheit erheblich größer bemessen werden müsse, als es dem französischen Vorschlag³ entspreche, und daß sie wahrscheinlich sogar bis zu 12000 Mann umfassen, d. h. in Wirklichkeit Divisionsstärke erreichen müsse. Einem solchen Gedankengange würden die Franzosen, wie er glaube, keine durchschlagenden Einwände entgegensetzen können. Er stehe, insbesondere nach den Erfahrungen in London und Washington, unter dem Eindruck, daß Alphanand persönlich für diesen Gedankengang Verständnis haben werde und daß seine bisherige mehr reservierte Haltung in der Konferenz auf die von Moch beeinflussten Instruktionen zurückgehe, deren Gewicht sich mit Fortschreiten der Verhandlungen sehr rasch abschwächen werde.

Er begrüßte und brachte zum Teil von sich aus den deutscherseits bereits erwogenen Gedanken zum Ausdruck, daß, um schon unmittelbar Schritte in der Richtung der europäischen Integration zu tun, die Fragen der gemeinsamen Ausbildung sofort in Angriff genommen und gefördert werden müßten. Damit werde alsbald die gemeinsame Basis zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen, auf die es vor allem ankomme. Insbesondere fand er den Gedanken der gemeinsamen Offiziersschulen, eines europäischen West-Point, einleuchtend und begrüßenswert.

Den weiteren Verlauf der Konferenz beurteilte der Botschafter optimistisch. An der Ehrlichkeit von Schuman sei nicht zu zweifeln, worüber er in mehreren offenen Aussprachen Klarheit gewonnen habe; Schuman würde seiner Überzeugung nach keine Minute im Amt bleiben, wenn die europäischen Integrationspläne von seiner Regierung nicht mit Ernst verfolgt würden. Aber auch die übrigen maßgebenden französischen Kreise würden nach seiner Überzeugung

³ Zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee vgl. Dok. 27, Anm. 3. Zum militärisch-technischen Teil des Memorandums vgl. Dok. 31.

durch den Zwang der Verhältnisse dazu geführt werden, die europäische Integration, insbesondere die gemeinsame europäische Armee, mit voller Ehrlichkeit zu betreiben. Frankreich hänge zu sehr von Amerika ab, als daß es auf die Dauer eine Politik treiben könne, die gegenüber der großen Linie der amerikanischen Politik Vorbehalte mache; Frankreich werde erkennen, daß es seinen Interessen am besten diene, wenn es freiwillig das tue, was der Zwang der Verhältnisse doch auf jeden Fall mit sich bringe. Diese Überlegungen würden seiner Überzeugung nach durch die kommende Vierer-Konferenz noch verstärkt werden. Bei dieser werde sich zeigen, daß eine wirkliche und dauernde Verständigung mit Sowjetrußland unmöglich sei; auf eine solche könne man ernsthaft nur dann hoffen, wenn man sich über den Wert der zu erwartenden russischen Vorschläge und Zusagen einer völligen Täuschung hingebe. Eine solche Täuschung aber sei nach den gemachten Erfahrungen jetzt bei den Westmächten ausgeschlossen. Rußland werde vielleicht die Westmächte durch propagandistische Vorschläge, insbesondere der Vereinigung Deutschlands unter gleichzeitiger Räumung durch alle Besatzungsmächte, in eine schwierige taktische Lage bringen. Die Westmächte, wenigstens Amerika, würden aber dem darin liegenden Drucke seiner Überzeugung nach standhalten und sich nicht davon beeinflussen lassen. Sie wüßten, daß alle russischen Zusagen wertlos seien. Dies sei insbesondere bei der Frankfurter Konferenz der amerikanischen Botschafter⁴ als allgemeine Überzeugung zum Ausdruck gekommen. (Bei dieser Gelegenheit warf Herr Riddleberger die Frage auf, wie die öffentliche Meinung in Westdeutschland auf russische Vorschläge der genannten Art reagieren werde. Wir erwiderten darauf, daß das deutsche Volk durch bittere Erfahrungen zu sehr belehrt sei, um derartigen russischen Lockungen zu folgen.)

Der Botschafter sagte, er sei sich bewußt, daß die Ausgestaltung des Pleven-Planes eine Fülle rechtlicher, insbesondere staatsrechtlicher Schwierigkeiten mit sich bringe; doch könnten diese Schwierigkeiten seiner Überzeugung nach bei gutem Willen gemeistert werde; es handele sich dabei um Aufgaben, deren man mit juristischem Geschick und Fleiß Herr werden könne.

Als taktischen Ratschlag für die Behandlung der militärtechnischen Schwierigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Kampfgruppen, empfahl der Botschafter, diese Fragen mit der allgemeinen Organisation der Nordatlantik-Verteidigung in Zusammenhang zu bringen und bei kritischen Zuspitzungen eine Mitbeteiligung der dort maßgebenden Stellen herbeizuführen. Diese Stellen seien lediglich daran interessiert, daß die Kampfgruppen als wirklich schlagkräftige Einheiten rasch aufgestellt würden. Wir würden also auf deren Unterstützung rechnen können, wenn es gelte, Versuche zu bekämpfen, die Aufstellung solcher schlagkräftiger Einheiten zu verzögern oder zu verkümmern.

Auf unseren Wunsch erklärte sich Herr Riddleberger mit Zustimmung des Botschafters gern bereit, Herrn de Maizière in direkte Verbindung mit amerikanischen Offizieren zu bringen. Er sagte dabei, daß der amerikanischen Beobachtergruppe bei der Konferenz zwar kein Offizier angehöre, daß er jedoch

⁴ Die Konferenz der amerikanischen Botschafter in den westeuropäischen Staaten fand vom 5. bis 7. Februar 1951 in Frankfurt/Main statt.

dafür sorgen wolle, daß Herr de Maizière mit Angehörigen des Stabes des Generals Eisenhower in persönlichen Kontakt komme.⁵

Zum Schluß wies der Botschafter, wie bereits telegraphisch berichtet, auf die entscheidende Rolle hin, die der Annahme des Schuman-Planes durch die Bundesrepublik für die gesamte künftige Haltung Amerikas gegenüber Deutschland zukomme.

Herr von Kessel und Professor Ophüls sind mit diesem Bericht einverstanden. Je ein Durchdruck dieses Berichtes für die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten und die Dienststelle Blank sind beigelegt.

gez. Dr. von Marchtaler

B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 9

38

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann

Geh. 32/51

28. Februar 1951

Gestern abend um 10 Uhr übergab mir Mr. Reber das anliegende Aide-mémoire zur Frage der Revision des Besatzungsstatuts. Er wies darauf hin, daß in dem ersten Absatz des Aide-mémoire bereits offiziell zur Frage der Ersetzung des Besatzungsstatuts durch eine „möglichst breite vertragliche Basis“ Stellung genommen worden sei. Die Alliierten Hohen Kommissare¹ hätten in der Sitzung vom letzten Freitag² das Problem der Abgabe einer prinzipiellen Erklärung eingehend diskutiert. Sie hielten es für zweckmäßig, diese Erklärung noch einige Zeit zurückzustellen, dafür aber mit der praktischen Arbeit der Abschaffung des Besatzungsstatuts sofort zu beginnen. Die alliierten Hohen Kommissare seien jedoch bereit, mit dem Herrn Bundeskanzler über den Inhalt der prinzipiellen Erklärung und insbesondere über den Zeitpunkt, in dem sie abgegeben werden sollte, zu sprechen. Er – Mr. Reber – sei beauftragt anzufragen, ob der Herr Bundeskanzler den Wunsch habe, mit den alliierten Ho-

⁵ Am 19. März 1951 führte Oberstleutnant a. D. de Maizière, Paris, über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Chef des Stabes und Verbindungsoffizier im Hauptquartier des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Oberst Biddle, aus: „Herr Biddle unterrichtete sich über den Stand der Verhandlungen der Plevén-Plan-Konferenz. Er stellte fest, daß die Offiziere des Stabes Eisenhower ebenfalls den deutschen Standpunkt der national homogenen Division teilten. Er fügte mit leisem Lächeln hinzu, er habe in seinem Büro bereits einen Raum für einen deutschen Verbindungsoffizier zum Stabe Eisenhower vorgesehen, und er sowie Herr General Eisenhower wünschten sehnlichst, daß diese Räume bald besetzt würden. Herr Biddle erklärte weiter, daß er Verständnis dafür habe, daß die Konferenz in erster Linie eine politische Konferenz sei und daß die deutsche Delegation recht daran täte, politisch langsam vorzugehen.“ Vgl. B 14 (Sekretariat Plevén-Plan), Bd. 8.

¹ André François-Poncet (Frankreich), Ivone A. Kirkpatrick (Großbritannien) und John J. McCloy (USA).

² Zur Sitzung des Rats der AHK am 22. Februar 1951 vgl. FRUS 1951, III/2, S. 1464–1466.

hen Kommissaren morgen – Donnerstag nachmittag auf dem Petersberg über diesen Fragenkomplex zu verhandeln.

Herr Reber schnitt dann die Frage des weiteren Vorgehens der Bundesregierung in der Grotewohl-Angelegenheit³ (gesamtdutsche Wahlen usw.) an. Die alliierten Hohen Kommissare seien sehr daran interessiert zu erfahren, wie die Bundesregierung in dieser Angelegenheit vorzugehen beabsichtige. Er gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß es vielleicht zweckmäßig wäre, auch dieses Problem am Donnerstag zum Gegenstand einer Besprechung mit den alliierten Hohen Kommissaren zu machen.

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler⁴ vorgelegt.

Dittmann

[Anlage 1]

Aide-mémoire

Vereinbarungen, die sich aus den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz⁵, insbesondere in bezug auf einen deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens, ergeben, werden eine neue Lage zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik schaffen. Als Folge hiervon und entsprechend dem Wunsche der drei alliierten Regierungen, weitere Fortschritte auf dem Wege zur Normalisierung ihrer Beziehungen mit der Bundesregierung zu erzielen, sind die drei Regierungen bereit, ihre Beziehungen auf eine so umfassend wie möglich gestaltete vertragliche Grundlage zu stellen. Die vertraglichen Beziehungen werden für beide Teile verbindlich sein und sollen fortschreitend alle Seiten ihrer Beziehungen umfassen, ausgenommen diejenigen Fragen, die für eine Friedensregelung vorbehalten bleiben müssen.

Wir überreichen Ihnen heute eine vorläufige Liste der Fragen, die zum Zwecke der Vorbereitung dieser Entwicklung des Verhältnisses der drei Mächte zur Bundesrepublik untersucht werden sollen. Wir bezwecken damit, Sie über das Ausmaß der Fragen zu unterrichten, die in diesem Zusammenhang für eine Untersuchung in Frage kommen. Diese Fragen können in zwangloser Weise von uns erörtert werden, wenn unsere Untersuchungen sowohl auf unserer wie auf Ihrer Seite weit genug fortgeschritten sind. Diese Erörterungen werden uns gestatten, unseren Regierungen Empfehlungen betreffend diejenigen Fra-

³ Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl vom 30. November 1950 an Bundeskanzler Adenauer vgl. Dok. 1, Anm. 11.

⁴ Am 28. Februar 1951 vermerkte Vortragender Legationsrat Dittmann handschriftlich: „1) Die Aufzeichnung u[nd] die Anlagen haben dem Herrn Bundeskanzler vorgelegen. 2) Herrn StS Professor] Hallstein vorzulegen.“

Hat Hallstein am 28. Februar 1951 vorgelegen.

Am 6. März 1951 informierte Dittmann Bundeskanzler Adenauer erneut, daß der Generalsekretär der AHK, Slater, angefragt habe, „ob der Herr Bundeskanzler für kommenden Donnerstag (8. März) eine Besprechung mit der Hohen Kommission auf dem Petersberg wünsche“. Dazu vermerkte Referent Limbourg am selben Tag handschriftlich: „Der Herr Bundeskanzler hat entschieden: Nein.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 1299.

⁵ In Brüssel tagten der NATO-Ministerrat am 18./19. Dezember, die Außenminister der Drei Mächte am 19. Dezember und der Konsultativrat der Brüsseler Vertragsorganisation am 20. Dezember 1950. Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 6, Anm. 3, Dok. 19, Anm. 7 und Dok. 64, Anm. 3. Zur Außenministerkonferenz der Drei Mächte vgl. Dok. 3, Anm. 8.

gen vorzulegen, die gegebenenfalls schon jetzt zum Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen gemacht werden können, sowie betreffend die etwaigen Bestimmungen solcher Vereinbarungen.

Nicht alle Punkte, die auf der Liste aufgeführt sind, eignen sich schon in der gegenwärtigen Phase zur Regelung durch vertragliche Vereinbarungen. Die Lösung einiger dieser Fragen kann ohne die Übernahme besonderer Verpflichtungen durch die eine oder die andere Seite herbeigeführt werden. Es muß auch eine Festlegung derjenigen Fragen erfolgen, die nur durch eine Friedensregelung erledigt werden können. Unsere Erörterungen werden zweifellos dazu beitragen, diese Fragen festzustellen.

Die beigelegte Liste ist nicht als erschöpfend anzusehen. Wir würden eine Darlegung des deutschen Standpunkts zu diesen Fragen und allen sonstigen Fragen begrüßen, welche die deutsche Delegation gegebenenfalls aufzuwerfen wünscht. Wir geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Delegation im Laufe unserer Erörterungen zu gegebener Zeit in der Lage sein wird, die maßgeblichen Auffassungen der wichtigsten demokratischen Parteien darzulegen.⁶

[Anlage 2]

Fragen, die im Zusammenhang mit den politischen Beschlüssen der Brüsseler Konferenz zu untersuchen sind.

I. Sicherheitsfragen in bezug auf Deutschlands militärischen und wirtschaftlichen Beitrag zum westeuropäischen Verteidigungssystem

- 1) Entwaffnung und Entmilitarisierung
- 2) Wissenschaftliche Forschung
- 3) Zivile Luftfahrt
- 4) Verbot und Beschränkung von Industrien
- 5) Zuteilung von verknüpften Rohstoffen

II. Sicherheit und materielle Unterstützung der alliierten Streitkräfte

- 1) Nachschub für die alliierten Streitkräfte in Deutschland
- 2) Besatzungskosten
- 3) Rechtsstellung des alliierten Zivil- und Militärpersonals in Deutschland
- 4) Vorkehrungen betreffend das Ansehen und die Sicherheit der alliierten Streitkräfte
- 5) Alliierte Gerichte in Deutschland
- 6) Beziehungen zwischen alliierten Streitkräften und deutschen Behörden

⁶ Am 5. April 1951 führte Vortragender Legationsrat Dittmann aus: „Auf dieses Aide-mémoire ist der Alliierten Hohen Kommission eine Antwort bisher nicht erteilt worden, weil der Herr Bundeskanzler zunächst die Frage der Abgabe einer grundsätzlichen Erklärung der Alliierten zur völligen Abschaffung des Besatzungsstatuts erörtern wollte.“ Dittmann fuhr fort: „Die Vorarbeiten für die vorgeschlagenen Verhandlungen sind auf Seiten der Bundesregierung so weit gediehen, daß eine erste Fühlungnahme mit der Alliierten Hohen Kommission Ende April/Anfang Mai stattfinden könnte.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 1406.

Die Besprechungen mit Vertretern der AHK über die Ablösung des Besatzungsstatuts begannen am 10. Mai 1951 auf dem Petersberg. Vgl. dazu Dok. 81.

III. Fragen betreffend die Politik der Besatzungsmächte in bezug auf innerdeutsche Angelegenheiten

- 1) Alliierte Nachrichtenmittel
- 2) Auskünfte und statistische Angaben für die Alliierten
- 3) Alliierte Vertretungen in den Ländern
- 4) Kulturelle Angelegenheiten
- 5) Nicht-Diskriminierung von Personen, die mit den Alliierten zusammenarbeiten
- 6) Personen, die vor den Besatzungsgerichten angeklagt oder von ihnen abgeurteilt worden sind
- 7) Auslieferung
- 8) Ausweisung
- 9) Dekartellisierung und Entflechtung
- 10) Verfügung über Vermögen unter alliierter Kontrolle
- 11) Beachtung des Grundgesetzes und der Länder-Verfassungen
- 12) Polizei
- 13) Innere Wiedergutmachung

IV. Auswärtige Angelegenheiten oder Fragen, die internationale Abkommen oder ausländische Interessen berühren

- 1) Auswärtige Beziehungen
- 2) Internationale Vereinbarungen, die Deutschland betreffen oder berühren
- 3) Vorrechte und Immunitäten internationaler Organisationen in Deutschland
- 4) Ansprüche gegen Deutschland
- 5) Ausländische Interessen in Deutschland (einschließlich gewerblicher Urheberrechte)
- 6) Außenhandel und Devisenwirtschaft
- 7) Überwachung der Ausfuhr strategisch wichtiger Güter
- 8) Reparationen
- 9) Wiedergutmachung im Ausland
- 10) Kontrollen über die Ruhr
- 11) Verschleppte Personen und Flüchtlinge
- 12) Gewisse Österreich berührende Fragen

V. Berlin berührende Fragen

VI. Allgemeine Fragen

- 1) Aufrechterhaltung der Rechtsvorschriften der Besatzungsbehörden, für welche keine deutschen Ersatzvorschriften vorhanden sind, und gewisser deutscher Rechtsvorschriften.
- 2) Rechtswirkung vertraglicher Vereinbarungen nach deutschem Recht, einschließlich der erforderlichen deutschen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung.

B 10 (Abteilung 2), Bd. 1406

Aufzeichnung des Oberregierungsrats Ostermann von Roth**Geheim****2. März 1951¹**

Kurzvermerk über die sechste Besprechung deutscher und alliierter Militärsachverständiger auf dem Petersberg am Freitag, den 2. März 1951²

I. M. Bérard gab in Anwesenheit der Rechtsberater der AHK³ in einer langen Erklärung die übereinstimmende Auffassung des französischen, englischen und amerikanischen Außenministeriums über die Rechtsstellung der Bundesrepublik und der Angehörigen deutscher Kontingente im Kriegsfall wieder.

Diese Erklärung war veranlaßt durch die von der deutschen Delegation gemachten Ausführungen⁴, wonach die zweifache Gefahr bestehe, daß deutsche Soldaten unter Umständen von den Russen als Partisanen behandelt werden, solange die Bundesrepublik weder souverän noch Mitglied des Atlantikpaktes sei, und daß außerdem deutsche Soldaten in der Ostzone auf Grund der Kontrollratsbestimmung über die Entmilitarisierung⁵ bestraft werden.

Die alliierten Ausführungen suchten darzutun, daß die Bundesrepublik nach völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht auch als nicht vollsouveräner Staat als kriegführende Macht anerkannt werden könne und daß Rußland durch Paraphierung der Genfer Konvention von 1949⁶ bereits völkerrechtliche Gewohnheitssätze über die Behandlung von Kriegsgefangenen anerkannt habe. Es könne damit gerechnet werden, daß die Kontrollratsvorschrift bei Leistung eines deutschen Beitrages für das Bundesgebiet im Hinblick auf den Zusammenbruch der Viermächtekontrolle außer Kraft gesetzt werde. Im Kriegsfall sei die Verletzung dieser Bestimmung durch die Ostzone so flagrant erwiesen, daß sie auch in der Ostzone keine Gültigkeit mehr besitzt. Im übrigen wurde auf das russische Eigeninteresse an zivilisierter Behandlung von Kriegsgefangenen hingewiesen.

Zu einer Diskussion dieses Fragenkomplexes kam es aus zwei Gründen nicht: Einmal müssen die alliierten Ausführungen erst noch von deutscher Seite ausführlich überprüft werden; zum anderen besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Kriegsführungsrecht und der Souveränität.

Falls daher deutsche Bemerkungen zu den juristischen Ausführungen der Alliierten zu machen sind, so sollen sie im politischen Komitee und nicht im Ausschuß der militärischen Sachverständigen vorgebracht werden.

¹ Durchdruck.

² Zur sechsten Besprechung mit Vertretern der AHK am 2. März 1951 auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. auch FRUS 1951, III/1, S. 1022–1025.

³ Robert R. Bowie (USA), Alfred Brown (Großbritannien) und André Jacomet (Frankreich).

⁴ Zu den Ausführungen des Präsidenten Franken in der dritten Besprechung mit Vertretern der AHK am 26. Januar 1951 auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. Dok. 19.

⁵ Für den Wortlaut des Gesetzes Nr. 8 vom 30. November 1945 über Ausschaltung und Verbot der militärischen Ausbildung vgl. AMTSBLATT DES KONTROLLRATS, Nr. 2 vom 30. November 1945, S. 33 f.

⁶ Für den Wortlaut des III. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 838–916.

II. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Frage behandelt, wie nach deutscher Auffassung Kampfgruppen einer internationalen Armee auszusehen haben. Hierzu wurde von deutscher Seite festgestellt, daß:

- 1) der Plevan-Plan auf Divisionen abzielt,
- 2) eine Division aus rein militärischen Gründen aus Soldaten gleicher Muttersprache zusammengesetzt sein muß.

Ohne die Idee der Kampfgruppe anzunehmen, führte die deutsche Delegation aus, daß solche Kampfgruppen dergestalt aufgebaut sein müssen, daß aus zwei Kampfgruppen ohne Schwierigkeiten eine Division gebildet werden kann. Zu diesen Ausführungen erfolgte keine alliierte Stellungnahme.

III. Die nächste Sitzung findet am Freitag, dem 16. März, statt.⁷ Die deutsche Delegation ist gebeten worden, auf dieser Sitzung darzulegen, wieviel der stufenweise Aufbau eines deutschen Kontingentes in einer angenommenen Stärke von 250 000 Mann voraussichtlich kosten würde.

Hiermit Herrn Staatssekretär⁸ ergebenst vorgelegt.

Ostermann von Roth⁹

VS-Bd. 3204 (Abteilung 2)

40

Generalkonsul I. Klasse Pfeiffer, Brüssel, an Bundeskanzler Adenauer

II Geh. 52/51

2. März 1951¹

Sehr geheim!²

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Am Donnerstag abend – 1. März 1951 – nahmen Botschafter Murphy und ich bei einem Kamingespräch in seiner Wohnung in Fortsetzung des zwischen uns üblichen Gedankenaustausches eine Tour d'horizon vor.

Aufgrund der Kenntnis der politischen Lage, die Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, mir am Montag, den 27. Februar dargelegt hatten, konnte ich auch

⁷ Zur siebten Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. Dok. 55.

⁸ Hat Staatssekretär Hallstein am 2. März 1951 vorgelegen.

⁹ Paraphe.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Dittmann am 4. März 1951 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

Hat Adenauer vorgelegen.

² Das Wort „geheim!“ wurde von Vortragendem Legationsrat Dittmann handschriftlich eingefügt. Das Wort „Sehr“ wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich ergänzt.

für Herrn Murphy Wesentliches zur Vertiefung und Abrundung seines Bildes beitragen.

Auch dieses Mal stellte ich wieder fest, daß die Beurteilung der Haltung jeder einzelnen der drei alliierten Mächte gegenüber Deutschland durch Herrn Murphy die gleiche ist wie die des Herrn Bundeskanzlers. Dabei festigte sich mein Eindruck, daß Herr Murphy auch in der letzten Zeit noch an der Gestaltung der Grundsätze der amerikanischen Politik dank seiner großen Erfahrung und seines objektiven Urteils in deutschen Angelegenheiten stark beteiligt gewesen war und daß seine Auffassung auch heute noch durch den amerikanischen Außenminister³ zur Urteilsbildung herangezogen wird.

Ich sagte Herrn Murphy offensichtlich nichts Neues mit der Andeutung, daß der deutsche Bundeskanzler trotz grundsätzlicher Übereinstimmung in der politischen Konzeption im amerikanischen Hohen Kommissar nicht immer einen Partner vor sich habe, der unbeirrbar und gewissermaßen im gleichen Rhythmus wie er selbst voranschreite. Herr Murphy sagte mir – natürlich sehr vertraulich aufgrund einer nahezu dreißigjährigen Freundschaft – daß tatsächlich bei dem betreffenden Herrn eine gewisse Unberechenbarkeit gegeben sei. So sei er in der letzten Zeit durch die Sache Landsberg⁴ innerlich stark durcheinandergerüttelt worden. Gewissensbindungen wie auch gewisse politische Umstände hätten dazu geführt.

Die Unsicherheit von Herrn McCloy werde dadurch erhöht, daß er keine feste Stütze an einer der beiden amerikanischen Parteien habe. Er sei einfach der Mann der persönlichen Auswahl durch den Präsidenten Truman. Schon morgen könne er wieder vom Schauplatz abgetreten sein. Er habe sehr große Vollmachten auf politischem Gebiet und müsse immer mit politischen Widerständen und Angriffen rechnen. Diese suche er elastisch aufzufangen oder auch zu umgehen oder durch taktische Züge matt zu setzen, wie ihm dies in seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt geläufig geworden sei. Eine solche Taktik erfordere jedoch verhältnismäßig viel Zeit und führe leicht zu einem Zeitverlust in Fällen, wo rasches Handeln dringlich sei.

General Clay dagegen sei ein Mann klarer Entscheidungen und eindeutigen Durchhaltens gewesen, unbekümmert um Angriffe von politischen Stellen. McCloy aber wende eine Taktik des Lavierens und manchmal weit ausholender Gegenzüge an.

Ich erklärte Herrn Murphy, daß der deutsche Bundeskanzler meist nicht so lange warten könne, bis die hier umrissene Taktik zu einem Schritt nach vorwärts führe. Es sei für ihn von größter Wichtigkeit, daß die mit den Großmächten zu vereinbarende Erklärung der Bundesregierung über die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden rasch nach dem längst vorbereiteten Ent-

³ Dean G. Acheson.

⁴ Am 31. Januar 1951 gaben der amerikanische Hohe Kommissar McCloy und der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Handy, ihre Entscheidung über Gnadengesuche der im Jahr 1948 in Nürnberg und Dachau als Kriegsverbrecher verurteilten und in Landsberg inhaftierten Deutschen bekannt. Von 28 Todesurteilen wurden sieben bestätigt. Vgl. dazu LANDSBERG. Mit Schreiben vom 14. Februar 1951 bat Bundeskanzler Adenauer den amerikanischen Hohen Kommissar, die Todesurteile nicht zu vollstrecken, bis die Urteilsbegründungen noch einmal genau untersucht worden seien. Mit Schreiben vom gleichen Tage lehnte McCloy dies ab. Für den Wortlaut der Schreiben vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 2100.

wurf⁵ anerkannt und in Kraft gesetzt werde.⁶ Es müsse endlich zum Abschluß des mit der Außenministerkonferenz am 21. September 1950 in New York eingeleiteten Abschnittes kommen.⁷

Der nächste Schritt müsse dann die im Prinzip ebenfalls schon vereinbarte grundsätzliche Erklärung über die Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands und die Herbeiführung der vollen deutschen Souveränität sein. Die für eine Abwandlung des Besatzungsstatuts und für dessen Ersetzung durch ein System von Verträgen nötigen Arbeiten würden sehr umfangreich und zeitraubend sein. Für den deutschen Bundeskanzler sei es aber von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß die grundsätzliche Erklärung bald erfolge und so deutlich sei, daß an ihr nicht gedeutelt werden könne. Auch über diese Dinge sei man sich ja mit den Alliierten einig gewesen, und der Inhalt der Erklärung sei längst umrissen. Darauf deutete mir Herr Murphy an, daß die Haltung des amerikanischen Hohen Kommissars wahrscheinlich in beachtlichem Umfang durch die Rücksicht auf den Schuman-Plan beeinflusst werde. McCloy sei aus früherer Zusammenarbeit persönlich sehr gut bekannt mit dem Leiter der französischen Schuman-Plan-Delegation, M. Monnet. Für diesen Herrn schien übrigens mein Gesprächspartner wesentlich weniger Wertschätzung zu empfinden als der amerikanische Hohe Kommissar! Infolgedessen scheint er auch den von Herrn Monnet ausgeübten Einfluß für nicht erfreulich zu halten. Er scheint Reflexe auf die Gesamthaltung des Herrn McCloy zu befürchten, die nicht im deutschen Interesse liegen und nicht gerade zur Ausprägung einer klaren und unbeirraren amerikanischen Politik gegenüber Deutschland führen würden.

Murphy sagte, daß er schon seit zwei bis zweieinhalb Wochen ein Gefühl der Besorgnis darüber empfinde, daß die Entwicklung mit Deutschland nicht vorangeschritten sei. Was er bis unmittelbar vor unserem Gespräch über die Politik des State Department gesehen habe, sei vollständig in der klaren Linie der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland gelegen, wie sie von Eisenhower gefordert worden sei. Er habe aber wenig von der Tätigkeit der amerikanischen Hohen Kommission selbst gehört, und unser Gespräch bestärke ihn nun in seiner Absicht, zu einem Gedankenaustausch nach Frankfurt zu fahren, und zwar werde er das früher tun, als er vorher geplant hatte. Auf eine Anregung von mir eingehend fügte er dann bei, daß er nach Möglichkeit dem Herrn Bundeskanzler einen Privatbesuch machen werde. Auf alle Fälle aber werde er nach der Rückkehr von Frankfurt ausführlich mit mir sprechen.

⁵ Am 16. Februar 1951 übermittelte Bundeskanzler Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy den Entwurf eines Schreibens zur Anerkennung der deutschen Auslandsschulden, der am selben Tag sowohl vom Ausschuß des Bundestages für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten als auch vom Kabinett genehmigt worden war. Für den Wortlaut vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 274.

Zu den Beratungen im Ausschuß vgl. AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS, S. 274–276. Zu den Beratungen im Kabinett vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 4 (1951), S. 161 f.

⁶ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. März 1951 an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, François-Poncet, vgl. Dok. 48.

⁷ Zur Außenministerkonferenz der Drei Mächte vom 12. bis 14. sowie am 18. September 1950 in New York vgl. Dok. 1, Anm. 19.

Im Lauf der Unterhaltung erwähnte ich, daß dem Herrn Bundeskanzler der Versuch einer Umgehung des von ihm hochgeschätzten amerikanischen Hohen Kommissars ganz fern liege. Ich sei aber der Meinung, daß der amerikanische Außenminister doch wohl kaum auf die Erfahrung und Sachkenntnis des Botschafters Murphy in deutschen Angelegenheiten verzichten werde, obwohl dieser nun in Belgien sitze. Dazu äußerte Murphy: „Nein, bestimmt nicht.“ Dies bestätigte meine Auffassung, daß seine Unterrichtung über deutsche Angelegenheiten ohne Beeinträchtigung und die Möglichkeit einer Verstimmung des Herrn McCloy ihre Verwertung finden werde.

Genehmigen Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner treuen Verbundenheit.

Pfeiffer

VS-Bd. 3174 (Abteilung 2)

41

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy

II Geh. 88/51

2. März 1951¹

Aufzeichnung über den Besuch des amerikanischen Hohen Kommissars Mr. McCloy, des Stellvertretenden Hohen Kommissars Mr. Reber und Professor Bowies beim Herrn Bundeskanzler im Palais Schaumburg am Freitag, dem 2.3.1951 von 11 bis 13.30 Uhr, in Anwesenheit von Wirtschaftsminister Prof. Erhard, der Staatssekretäre im Bundeskanzleramt Prof. Hallstein und Lenz, des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium Schalfjew, von VLR Dr. Dittmann und Dr. Noack als Dolmetscher²

Mr. McCloy erklärte eingangs, diesmal seien viele wichtige Dinge zu besprechen und er sei zur Zeit deprimierter denn je, wenn er an die weitere Entwicklung denke. Die Schuman-Plan-Verhandlungen befänden sich in einem überaus kritischen Stadium, und der Brief des Bundeskanzlers enthalte seiner Auffassung nach keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten. So sehr er einerseits Verständnis für die Schwierigkeiten auf deutscher Seite habe, so müsse er doch andererseits auch den französischen Standpunkt und die mögliche Haltung der Engländer in Erwägung ziehen. Diese Kombination der verschiedensten Stellungnahmen zum Schuman-Plan habe die gegenwärtige kritische La-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Noack am 5. März 1951 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Dittmann am 28. März 1951 vorgelegen, der die Weiterleitung an Oberregierungsrat Brückner verfügte.

Hat Brückner am 28. März 1951 vorgelegen.

² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy am 2. März 1951 vgl. auch FRUS 1951, IV/1, S. 97 f. Vgl. ferner LENZ, Zentrum, S. 51–53.

ge herbeigeführt, und es zeichne sich offensichtlich noch keine Lösung ab. Dies sei um so ernster, als die Pariser Vorbesprechung für die Viererkonferenz bevorstehe.³ Er halte es nicht für zweckmäßig, den letzten Brief des Herrn Bundeskanzlers zur Grundlage einer Verständigung zu machen, denn das Problem des Schuman-Plans als solches sei zu sehr mit technischen Komplikationen durchsetzt. Er habe leider immer wieder feststellen müssen, daß Zahlen, mit denen die amerikanische Seite operiere, immer wieder die Grundlage eines Mißverständnisses bildeten. Daher rühre auch seine Bedrücktheit. Die deutsche Seite habe verlangt, daß gewisse Zechen mit gewissen Hüttenwerken verbunden würden, aber das, was vorgeschlagen worden sei, habe er nicht den Mut, an die Franzosen und Engländer heranzubringen. Er wolle lieber, wenn nötig, alle einzelnen Punkte jetzt beantworten, habe aber nicht die Absicht, dem Herrn Bundeskanzler einen Antwortbrief zu schreiben. Leider schwirrten jetzt überall amerikanische Rechtsanwälte herum, die den Ruhrleuten schlechte Ratschläge erteilten. Sie beriefen sich dabei auf Charles Wilson, der angeblich keine Entflechtung und Dekartellisierung wolle, und sagten den Ruhrleuten immer wieder: Haltet noch etwas aus, bis die Verteidigungsmaßnahmen anlaufen. – Als einer unter vielen brauche nur Robert Patterson genannt zu werden, unter dem er selber im Kriegsministerium gearbeitet habe, als das Gesetz Nr. 27 in Kraft getreten sei. Sie hätten jetzt ein längeres Gespräch⁴ miteinander geführt, und bevor Patterson abgereist sei, habe er, Patterson, ihm erklärt, das Beste sei, die Ruhrleute würden seine, McCloy's, Formel⁵ annehmen. Leider habe er sich dann jedoch gegenüber deutschen Kreisen anders geäußert. Er, McCloy, sei jedoch in ständiger Fühlungnahme mit Wilson und daher über die eigentliche Haltung der USA in allen diesen Fragen am besten informiert.

McCloy streifte dann kurz das Champagnerfrühstück, das Krupp nach seiner Entlassung aus Landsberg⁶ angeblich veranstaltet habe. Diese Behauptung wurde jedoch vom Herrn Bundeskanzler und VLR Dr. Dittmann dementiert.

Zum Plevén-Plan übergehend, erklärte Mr. McCloy, er habe den ursprünglichen Entwurf⁷ sorgfältig studiert und keine böse Absicht seitens der Franzosen darin

³ In Fortführung des am 3. November 1950 aufgenommenen Notenwechsels über die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz schlugen Frankreich, Großbritannien und die USA am 19. Februar 1951 der UdSSR vor, eine Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister nach Paris einzuberufen, um eine Tagesordnung für die eigentliche Konferenz festzulegen. Am 1. März 1951 erklärte sich die UdSSR einverstanden. Für den Wortlaut der beiden Noten vgl. FRUS 1951, III/1, S. 1083–1085. Die Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte fand vom 5. März bis 22. Juni 1951 in Paris statt.

⁴ Die Unterredung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy mit dem ehemaligen Kriegsminister Patterson fand am 26. Februar 1951 statt. Vgl. dazu McCLOY, S. 224.

⁵ Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 5 und Dok. 12, Anm. 6.

⁶ Am 31. Juli 1948 wurde der Industrielle Alfred Krupp von Bohlen und Halbach von einem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Sein gesamtes Vermögen wurde eingezogen. Die Verurteilung stützte sich auf den Einsatz von Zwangsarbeitern und die Ausplünderung der besetzten Gebiete zum Zwecke der Vergrößerung des Konzerns. Am 1. Februar 1951 setzte der amerikanische Hohe Kommissar McCloy die Haftstrafe von Krupp herab, „da die bereits verbüßte Strafzeit im wesentlichen den in ähnlichen Fällen verhängten Strafen entspricht“. Die Vermögensbeschlagnahme wurde rückgängig gemacht. Vgl. LANDSBERG, S. 16. Am 4. Februar 1951 wurde Krupp aus der Haftanstalt Landsberg entlassen. Vgl. dazu den Artikel „33 Landsberghäftlinge wurden aus dem Gefängnis entlassen“; DIE NEUE ZEITUNG vom 5. Februar 1951, S. 2.

entdecken können. Es gebe immerhin eine große Anzahl von Kreisen in Frankreich, die dringend die deutsche Gleichberechtigung verwirklicht sehen möchten. Derselbe Wunsch zeige sich bei anderen Plevén-Plan-Vertretern, z. B. den Belgiern und Italienern. Wenn daher der deutsche Standpunkt in allen Einzelheiten vernünftig, sachlich und eindringlich vorgetragen würde, müßte er auch auf den notwendigen Widerhall stoßen.

Staatssekretär Prof. *Hallstein* warf hier ein, die deutsche Seite habe sich zunächst sehr viel vom Plevén-Plan versprochen, sei jedoch nicht entzückt über die Entwicklung, die die Verhandlungen genommen hätten. Das trübe natürlich die Stimmung gegen Frankreich.

Hieran anknüpfend sagte der *Bundeskanzler*, es habe böses Blut gemacht, daß Außenminister Schuman gerade jetzt das Saarproblem anschneiden mußte.⁸ Dies sei völlig überflüssig und könnte deutscherseits eine Aktion erforderlich machen. Der Plevén-Plan, der in seinem ursprünglichen Entwurf die Gleichberechtigung Deutschlands und Frankreichs vorgesehen habe, habe sich nun in sein genaues Gegenteil verkehrt. Er habe daher alle Exemplare des Arbeitsdokuments sorgfältig einsammeln lassen⁹, damit davon nichts an die Öffentlichkeit dringe und einen Skandal erzeuge. Leider habe dies nun zur Folge, daß man deutscherseits nun auch dem Schuman-Plan mit Mißtrauen gegenüberstehe. Im Mai, als der französische Außenminister diesen Plan bekanntgab¹⁰, sei es anders gewesen. Trotzdem könne er Mr. McCloy versichern, daß er weiterhin einem Abschluß des Schuman-Plans optimistisch entgegen sehe und seinen eigenen guten Willen wie auch den der Bundesrepublik dafür einsetzen wolle.

Es liege aber noch ein schweres Stück Arbeit vor uns. Es sei nicht so, daß man deutscherseits die Richtigkeit der Ziffern anzweifle, die die Grundlage der amerikanischen Berechnungen bildeten, sondern man habe vielmehr den Eindruck, daß man für Eisen und Kohle andererseits jeweils von verschiedenen Zahlenordnungen ausginge, für Eisen von den Zahlen für die Jahre 1936/37, für Kohle von denen für 1953, einmal also von tatsächlich vorhandenen, das andere Mal jedoch von geschätzten Größen. Er bezweifle die Richtigkeit dieses Vorgehens.

Mr. McCloy meinte hierzu, er wolle ein so kompliziertes Thema mit umstrittenen Zahlen nicht bei dem Kanzler zur Sprache bringen, sondern nur den letzten Punkt, den der Kanzler erwähnt habe, damit der deutschen Seite der amerikanischen Gedankengang verständlich würde. Dem Ganzen habe eine politische

Fortsetzung Fußnote von Seite 154

⁷ Zum französischen Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee vgl. Dok. 27, Anm. 3. Zum militärisch-technischen Teil des Memorandums vgl. Dok. 31.

⁸ Am 20. Februar 1951 erklärte der französische Außenminister Schuman vor dem Rat der Republik, daß das Saarland eine unabhängige Regierung habe, die lediglich außenpolitisch durch Frankreich vertreten werde. Daher müsse Frankreich für das Saarland Abkommen auch gesondert unterzeichnen. Außerdem forderte Schuman, das Saarland als eine selbständige politische Einheit an der Verteidigung Europas zu beteiligen. Vgl. dazu JOURNAL OFFICIEL. CONSEIL DE LA REPUBLIQUE 1951, S. 531–533.

⁹ Mit Schreiben vom 27. Februar 1951 informierte Oberregierungsrat Sahm die Delegation der Bundesrepublik bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris über den Kabinettsbeschluß vom 23. Februar 1951, wonach sämtliche Exemplare des französischen Memorandums vom 15. Februar 1951 „mit Ausnahme der für die Sachbearbeitung unumgänglichen Stücke“ wieder eingezogen werden sollten. Vgl. VS-Bd. 6582 (EVG-Delegation); B 150, Aktenkopien 1951.

¹⁰ Zum Schreiben des französischen Außenministers Schuman vom 7. Mai 1950 an Bundeskanzler Adenauer vgl. Dok. 1, Anm. 3.

Erwägung zugrunde gelegen, einmal wie man die verschiedenen Standpunkte miteinander versöhnen und die widerstreitenden Interessen der Völker zu einem Punkt führen könnte, von dem aus eine unterschiedliche Behandlung Deutschlands nicht mehr möglich wäre. Er bedauere sehr, daß die Amerikaner als Lohn für ihre selbstlosen Bemühungen nun sozusagen Schläge einstecken müßten, was sich besonders gegenüber der Person des Sachverständigen Prof. Bowie bemerkbar mache. Sie hätten die Franzosen immer wieder darauf hingewiesen, daß der Schuman-Plan mit der Ruhrbehörde unvereinbar sei und daß sie die Stahlquote endlich fallenlassen sollten. Andererseits sei es allerdings auch das amerikanische Bestreben gewesen zu verhüten, daß Deutschland in bezug auf Kohle eine dominierende Stellung einnehme. Es stehe jedoch mehr als Kohle und Stahl auf dem Spiele. Wenn der Schuman-Plan nicht zustande komme, würde dies sicher Einschränkungen aller Art zur Folge haben, es würde eine statische Periode, wenn nicht sogar eine Zeit des Rückschritts einsetzen, und das in einem Augenblick, wo die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands und das Zustandekommen der Verteidigungsbereitschaft Europas die dringlichsten Anliegen seien. Ein Nichtzustandekommen des Schuman-Plans würde jede positive Maßnahme mindestens um sechs Monate verzögern. Er könne daher nur¹¹ immer wieder betonen, die politische Bedeutung des Schuman-Plans gehe weit über die Belange von Kohle und Stahl hinaus.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte im Anschluß hieran, er habe den Fraktionsführern erst jetzt noch dezidierter als Mr. McCloy die politische Bedeutung des Schuman-Plans klargemacht und vor allem darauf hingewiesen, daß eine Trübung der politischen Atmosphäre gerade jetzt vor der Viererkonferenz äußerst fatal sei. Unter anderem habe er den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, einen ruhigen Mann, mit dem es sich reden lasse, gefragt, ob er den Schuman-Plan an seiner Stelle paraphieren lassen würde, und die Antwort „nein“ erhalten. Nun sei diese Antwort Ollenhauers für ihn selbstverständlich nicht entscheidend oder gar der Weisheit letzter Schluß. Sie mahne ihn aber doch, nicht die Haltung des Bundestages unberücksichtigt zu lassen.

Mr. *McCloy* erklärte, wenn amerikanischerseits vorgeschlagen worden sei, daß die Hütten nur 75 % ihres Kohlebedarfs aus der Verbundwirtschaft decken dürften, so habe man damit selbstverständlich keinerlei egoistische Ziele verfolgt.

Die Männer, die das getan hätten, seien Sachverständige, aber keine Geschäftsleute mit Privatinteressen. Es habe sich herausgestellt, daß man bei Kohle nicht auf ein besonderes Jahr zurückgreifen könne. Wenn man das Jahr 1953 gewählt habe, so nur deshalb, weil man glaubte, es ermögliche eine bessere Schätzung des gegenwärtigen Leistungsvermögens als etwa das Jahr 1938. Es dürften aber nur 75 % des Kohlebedarfs der Hütten aus den in die Verbundwirtschaft überführten Zechen gedeckt werden. Er habe aber den Verdacht, daß die Zechenbesitzer den 25 %igen Spielraum auch noch beseitigen wollten. Eine 100 %ige Verbundwirtschaft sei jedoch, wie er schon gesagt habe, deshalb unerwünscht, weil dann Deutschland auf dem Kohlensektor eine beherrschende Stellung einnehmen würde, die die Amerikaner nicht zulassen könnten, weil sonst ihre Vermittlerrolle in den deutsch-französischen Verhandlungen scheitern

¹¹ Korrigiert aus: „nun“.

würde. Sie hätten sich bemüht, die Höhe der normalen Kohleproduktion zu ermitteln, und dabei festgestellt, daß die Zahl von 1938 (440 000 t) und die geschätzte Zahl von 1953¹² (450 000 t) (Tagesproduktion) gar nicht so weit auseinanderlägen. Er sei nun am Ende seiner Ausführungen und müsse gestehen, in dieser deprimierenden Lage sehe er nicht mehr, welche wirksame Aufgabe die amerikanische Seite noch leisten könne. Vielleicht ginge es, wenn man sich auf etwas weniger als Eigentumsrecht festlegen könnte, aber er wisse, die Deutschen würden damit nicht zufrieden sein und doch immer wieder eine 100 % Kohlenversorgung anstreben.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte anschließend, auch er wolle sich nicht länger bei den Zahlen aufhalten, dafür in Anbetracht der äußerst gespannten politischen Lage darauf dringen, daß der Schuman-Plan in der kommenden Woche paraphiert würde, zumal er zwischen der Zahl für 1938 (440 000 t) und der von 1953 (450 000 t) keinen großen Unterschied sehen könne. Wir seien bereit, die 75 %ige Deckung anzuerkennen.

Prof. *Bowie* erläuterte noch kurz das Vorgehen der amerikanischen Sachverständigen und betonte unter anderem, daß die Gesamtmenge der Stahlerzeugung sich einerseits nach den verwandten Grundstoffen (Roheisen und Schrott) und andererseits auch nach dem Verfahren (Thomas-Verfahren oder Siemens-Martin-Verfahren) richte.

Das Problem sei, wie es Staatssekretär Prof. *Hallstein* anschließend erläuterte, zu der heutigen Stahlproduktion (16,6 Mio. t), die 26 % mehr als im Oktober 1950 (13,2 Mio. t) betrage, die dazugehörige 75 %ige Deckung des Kohlebedarfs zu erreichen. Dazu gebe es zwei Wege:

- a) man geht aus von der Gesamtproduktion der Hütten ohne Zechen;
- b) von der Produktion der Hütten, die sich Zechen zulegen wollen.

Mr. *McCloy* bemerkte, eine Lösung sei nur möglich, wenn die Ruhrleute sich endlich zu einem Kompromiß entschließen wollten, aber im letzten Augenblick wichen sie immer wieder aus, so daß er der Verzweiflung nahe sei.

Dies bemerkte er zu dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers, noch einmal mit den

- a) Kohle- und Stahl-Leuten und
- b) den Gewerkschaften zu verhandeln.¹³

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte weiter, wenn der erste Satz von Punkt drei seines Schreibens geändert würde und die deutschen Partner sich damit einverstanden erklärten, seien die Standpunkte einander angenähert und der Weg für eine Einigung frei. Er wolle sich zwar einerseits wie bisher zurückhalten,

¹² Korrigiert aus: „1938“.

¹³ Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy traf am 3. März 1951 mit Vertretern der Gewerkschaften zusammen. Vgl. dazu McCLOY, S. 224.

Mit Schreiben vom 11. März 1951 unterrichtete McCloy Bundeskanzler Adenauer über die Gespräche mit Vertretern der Kohle- und Stahlindustrie am 5. und 7. März 1951, bei der er den Grundsatz bekräftigt habe, daß kein Hüttenwerk mehr als 75 % des Bedarfs an Koks-kohle aus der Förderung mit einer verbundenen Zeche decken dürfe. Zugleich nannte der amerikanische Hohe Kommissar Adenauer diejenigen Zechen, die einzelnen Eisen- und Stahlwerken zugestanden werden könnten. Vgl. dazu B 10 (Abteilung 2), Bd. 1468.

andererseits aber den deutschen Verhandlungspartnern doch sagen: Ihr könnt nicht alles haben, was Ihr wollt.

Es wurde vereinbart, daß an der nächsten Besprechung mit dem amerikanischen Hohen Kommissar¹⁴ von deutscher Seite die Herren Sohl, Kost, Dr. Schröder und Westrick teilnehmen sollten. Am kommenden Dienstag vormittags sollte außerdem eine Besprechung zwischen den Staatssekretären Schalfew und Lenz einerseits sowie Prof. Bowie und Mr. Reber andererseits stattfinden.¹⁵

Mr. McCloy ging dann zur Frage der Getreidepreise¹⁶ über. Hier sei ein weiterer überaus ernster Punkt, der eine schwere Krise herbeiführen könnte. Infolge der Getreidelieferungen an Jugoslawien¹⁷ und der Hungersnot in Indien¹⁸

¹⁴ Am 8. März 1951 fand die Besprechung des Bundeskanzlers Adenauer mit McCloy statt. Vgl. dazu LENZ, Zentrum, S. 55.

¹⁵ Zur Besprechung am 6. März 1951 vermerkte Staatssekretär Lenz, Bundeskanzleramt: „Es zeigte sich, daß die Amerikaner im wesentlichen auf ihrem Standpunkt beharren und die Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufs nach wie vor verlangen; allerdings soll jetzt auch die Auflösung des französischen und belgischen Kohleverkaufs durchgesetzt werden. Auch in der Frage der Verbundwirtschaft beharren sie auf strikter Durchführung der 75%-Klausel und wollen, daß die Einzelfälle sofort geregelt werden. Das einzige, was ich durchsetzen konnte, war, daß im Falle einer wirtschaftlichen Fehlkonstruktion die Hohe Behörde die Möglichkeit haben soll, Änderungen zu treffen.“ Vgl. LENZ, Zentrum, S. 54.

Mit Schreiben vom 14. März 1951 gab Bundeskanzler Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy die Einzelheiten der Vereinbarung hinsichtlich der Entflechtung deutscher Industriekonzerne im Zusammenhang mit dem Schuman-Plan bekannt. Die Regelung sah die schrittweise Liquidierung des DKV bis zum 1. Oktober 1952 vor, räumte jedoch der Hohen Behörde des Schuman-Plans das Recht ein, die Frist gegebenenfalls zu verlängern. In der Frage der Verbundwirtschaft erkannte Adenauer die Forderung an, daß Hüttenwerke keine eigenen Zechen unterhalten dürften, die über 75 % des Eigenbedarfs an Koks Kohle produzierten. Während der Bundeskanzler diese Regelung für neun Verbindungen von Hüttenwerken mit Kohlenzechen akzeptierte, behielt er sich in drei weiteren Fälle eine Stellungnahme vor. Schließlich legte Adenauer eine Liste von 24 neu zu gründenden selbständigen Einheitsgesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie vor. Vgl. dazu B 10 (Abteilung 2), Bd. 1468. Vgl. ferner NEUORDNUNG, S. 455–457.

Mit Schreiben vom 30. März 1951 nahm der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, François-Poncet, die Vorschläge des Bundeskanzlers an. Vgl. dazu B 10 (Abteilung 2), Bd. 1468. Vgl. dazu ferner NEUORDNUNG, S. 457f.

¹⁶ Am 28. Februar 1951 teilte der amerikanische Hohe Kommissar McCloy Bundeskanzler Adenauer mit: „Wenn eine Brotgetreidekrise vermieden werden soll, ist es erforderlich, daß einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, um die Ablieferung von Weizen und Roggen seitens der deutschen Landwirtschaft zu beschleunigen und zu erhöhen. Dies kann unter den jetzigen Verhältnissen nur dadurch erreicht werden, daß man entweder die Brotgetreidepreise freigibt oder wenigstens die Festpreise um den Betrag erhöht, der erforderlich ist, um die Ablieferung zu beschleunigen. Es wird ferner notwendig sein, daß die ECA-Sondermission alle ihr möglichen Schritte unternimmt, um den Vorrang für Getreidetransporte aus den Vereinigten Staaten in die Bundesrepublik zu erwirken. Ich möchte betonen, daß wir, um einen derartigen Vorrang zu erwirken, in der Lage sein müssen, positive Zusicherungen dafür zu geben, daß die Bundesregierung alles getan hat, was in ihren Kräften steht, um der Lage gerecht zu werden. Es ist daher erforderlich, daß Sie mir eine feste Zusicherung geben, daß die Bundesregierung sofortige Maßnahmen zu einer Anpassung der Weizen- und Roggenpreise ergreifen wird, die notwendig sind, um die Ablieferung auf ein Maximum zu erhöhen, bevor die ECA-Sondermission irgendwelche Maßnahmen treffen kann, um einen Vorrang für Transporte nach Deutschland zu erwirken.“ Vgl. das Schreiben; B 10 (Abteilung 2), Bd. 1329.

¹⁷ Am 6. Januar 1951 wurde in Belgrad ein Abkommen geschlossen, in dem die USA Jugoslawien die Lieferung von Nahrungsmitteln zusicherten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 24/1, 1951, S. 150f.

¹⁸ Nach Überschwemmungen und einem Erdbeben wurde Indien von einer Hungersnot bedroht. Am 12. Februar 1951 ersuchte Präsident Truman den Kongreß um die Vollmacht zur Ausfuhr von zwei Millionen Tonnen Getreide nach Indien. Er empfahl, Geldmittel für den Ankauf von einer Million Tonnen Getreide bereitzustellen und die Finanzierung weiterer Getreidelieferungen so lange of-

würden die Getreidelieferungen an die Bundesrepublik gesenkt werden müssen. Die Folge sei gegebenenfalls eine Brotrationierung. Ehe er aber eine so einschneidende Maßnahme anempfehle, habe er die Dinge mit dem Herrn Bundeskanzler und Wirtschaftsminister Prof. Erhard besprechen wollen. Die deutschen Bauern müßten jedenfalls veranlaßt werden, alles noch verfügbare Getreide auf den Markt zu werfen. – Damit noch nicht genug, habe er vor 48 Stunden erfahren, daß die Marshallplan-Verwaltung in Paris für den letzten Abschnitt des laufenden Geschäftsjahres schwere Einschränkungen der Dollar-Hilfe für Westdeutschland in Erwägung ziehe. Er bereite jedoch schon Material vor, um Ende der nächsten Woche in Besprechungen in Paris¹⁹ diesen für die Bundesrepublik einschneidenden Schritt abzuwehren. Die Bestürzung der Amerikaner in Frankfurt a. M. sei groß gewesen, als sie das lange Telegramm über diesen Gegenstand erhalten hätten. Er habe auch den Auftrag, unverzüglich mit Minister Erhard zu sprechen. Besonders beunruhige es ihn, daß er noch nicht den Anschluß zwischen dem Ende der Dollar-Hilfe und dem Beginn der Verteidigungskäufe sehen könne. Dies erschwere selbstverständlich die Getreidekrise noch mehr. Aber selbst wenn der volle Betrag der Dollar-Hilfe noch geleistet würde, wäre die Versorgungslage der Bundesrepublik auf diesem wichtigsten Ernährungssektor überaus kritisch und ohne die Mithilfe der deutschen Bauernschaft nicht zu lösen.

Hierzu erklärte der Herr *Bundeskanzler*, er betrachte bereits seit einiger Zeit diese Entwicklung mit Sorge. Heute morgen habe er auf einer Sitzung die Grundlinien der Agrar- und Wirtschaftspolitik besprochen und eine gewisse Erhöhung der Getreidepreise genehmigt²⁰ sowie ein Gesetz über den Andienungszwang vorgeschlagen. Denn leider sei es so, daß auch bisher Schiffe, deren Getreidefracht ausschließlich für die Bundesrepublik bestimmt gewesen sei, auf halbem Wege nach Jugoslawien oder Indien umdirigiert worden seien. Er wolle Mr. McCloy bitten, alles zu tun, um die Einführung der Brotrationierung zu vermeiden. Die eben erst bekanntgewordene Wiedereinführung der Brotrationierung in der Tschechoslowakei²¹ habe einen tiefen Eindruck in Westdeutschland gemacht. Eine ähnliche Maßnahme in der Bundesrepublik würde sich verheerend auswirken und Wasser auf die Mühlen der SED-Propaganda sein.

Auf die etwaige Kürzung der Dollar-Hilfe eingehend, regte Minister *Erhard* an, die 85 000 000 Dollar, um die es hier gehe, gegebenenfalls als Verteidigungsbeitrag umzufrisieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 158

fenzulassen, bis Klarheit über die Ernährungslage gewonnen sei. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 24/1, 1951, S. 349–351.

¹⁹ Der amerikanische Hohe Kommissar hielt sich am 4. März 1951 zu Gesprächen mit dem Leiter des französischen Planungsamtes und Vorsitzenden bei der Konferenz über den Schuman-Plan, Monnet, sowie dem amerikanischen Sonderbotschafter Jessup in Paris auf. Vgl. dazu den Artikel „Westmächte-Stellvertreter erzielen in Paris Einigung über ihre Haltung“, DIE NEUE ZEITUNG vom 5. März 1951, S. 1.

²⁰ Am 2. März 1951 verabschiedete das Kabinett die Erhöhung der Preise für Weizen von 320 auf 400 bis 420 DM, für Roggen von 280 auf 380 DM und für Futtergetreide von 260 auf 360 DM je Tonne. Vgl. dazu KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 4 (1951), S. 198 f.

²¹ Am 26. Februar 1951 gab die tschechoslowakische Regierung die sofortige Einführung der Rationierung von Brot, Mehl und Teigwaren bekannt. Vgl. dazu den Artikel „ČSR führt Rationierung von Brot und Mehl ein“, DIE NEUE ZEITUNG vom 27. Februar 1951, S. 1.

Mr. McCloy versicherte, er würde wie bisher alles tun, um die Lage der Bundesrepublik zu erleichtern, müsse aber auch die Bundesregierung ersuchen, das Ihre dazu beizutragen, damit er um so eindringlicher vor seiner Regierung die deutsche Sache unterstützen könne. Dazu müsse er aber gewissermaßen „unverwundbar“ sein, und das sei er nur, wenn von deutscher Seite alle erforderlichen Schritte eingeleitet würden.

Schließlich wurden auch noch einige die Bereitschaftspolizei betreffende Fragen erörtert. Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Ausrüstung der Polizei mit von Frankreich gelieferten Waffen immer wieder verzögert würde. Wir hätten mehr Vertrauen zu den USA, und es wäre uns lieber, wenn diese die Waffenlieferungen übernähmen. Frankreich sollte zunächst 12 000 Gewehre, 10 000 Pistolen und 3000 Maschinengewehre liefern; diese seien jedoch alt und schlecht.

Im Anschluß an die allgemeine Besprechung bat Mr. McCloy den Herrn *Bundeskanzler*, ihm noch ein paar Worte sagen zu dürfen, wobei nur der Dolmetscher zugegen sein sollte.

Die Landsberger Urteile²², so erklärte er, hätten ihm größte Sorge bereitet. Er dürfe vor seinem Gott sagen, daß er mit größter Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen sei. Wenn nun noch einige Männer in Landsberg zurückgeblieben seien, so könne er versichern, daß sie den Tod durch den Strang voll und ganz verdienten, so ungeheuerlich seien ihre Verbrechen. Eine Schwierigkeit habe sich nun herausgestellt: Die Urteile stützten nicht immer die Erklärungen in den biographischen Angaben. Konkreter gesprochen bedeute das im Falle Pohl folgendes: In den biographischen Angaben heiße es, er habe das Warschauer Ghetto zerstört und sei für den Tod von 56 000 Juden verantwortlich. Aus dem Urteil ginge aber nicht klar hervor, daß er Menschen umgebracht habe. Pohl habe jedoch selbst zugegeben, daß er die 37 000 Überlebenden (Männer, Frauen und Kinder) aus dem zerstörten Ghetto in Konzentrationslager schaffen und dort umbringen ließ. Wenn also das Urteil dies auch nicht ausdrücklich ausspreche, so ginge die Ungeheuerlichkeit seines Verbrechens aus den biographischen Angaben hervor. – Ein anderer Fall: Er habe manchmal bei einem Verbrecher Gnade geübt, bei dem anderen nicht, obwohl dasselbe Verbrechen vorgelegen habe. Aber für ihn sei es ein Unterschied gewesen, ob ein Mensch 3900 oder „nur“ 60 Menschen umgebracht habe. Solche quantitativen Erwägungen haben bei ihm auch eine Rolle gespielt: Wenn er gefehlt habe, möge ihm Gott dafür verzeihen.

Der Herr *Bundeskanzler* drückte die Besorgnis aus, die Agitation könnte sich der unrichtigen Formulierung des Kommuniqués bemächtigen; es sei daher vielleicht gut, dem Justizministerium eine Richtigstellung zuzuleiten. Auf seine Frage, ob es stimme, daß ihm im Zusammenhang mit den Landsberger Urteilen Drohbriefe zugegingen, erklärte Mr. McCloy, er und²³ insbesondere Mrs. McCloy erhielten täglich solche Briefe, in denen sie aufgefordert würden, auf das Leben ihrer Kinder zu achten, da man sich mit der Absicht trage, den Kin-

²² Vgl. dazu Dok. 40, Anm. 4.

²³ Korrigiert aus: „er,“.

dern das Leben zu nehmen.²⁴ Solche Briefe gingen vorwiegend aus Kreisen der ehemaligen SS und SD zu. Auch die Agitation der Prinzessin Isenburg²⁵, die wohl nicht ganz zurechnungsfähig sei, habe sich sehr schlecht ausgewirkt. – Andererseits habe er von deutschen Bischöfen und von vielen unbekannten Deutschen Briefe wärmster Anteilnahme erhalten. Im übrigen lasse sich in bezug auf die Einstellung zu den Urteilen in den USA sowohl wie in England ein merkwürdiger Umschwung feststellen: Während man ihn zunächst wegen der Freilassungen angegriffen habe, gehe die Tendenz jetzt dahin, ihm vorzuwerfen, daß er nicht genug Gnade geübt habe.

B 10 (Abteilung 2), Bd. 1299

42

Bundeskanzler Adenauer an den britischen Hohen Kommissar Kirkpatrick

213-07 II/2385/51 Ang. I

2. März 1951¹

Sehr verehrter Sir Ivone!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 26. Februar², in dem Sie mir mitteilen, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs sich entschlossen hat, die Insel Helgoland³ freizugeben, sobald zufriedenstellende anderweitige Vorkehrungen abgeschlossen sind, auf jeden Fall aber am 1. März 1952.

²⁴ Am 2. März 1951 äußerte der Bundeskanzler vor Pressevertretern seine „höchste Empörung“ darüber, daß der amerikanische Hohe Kommissar und seine Frau wegen der Landsberg-Entscheidungen Drohbriefe erhalten hätten. Adenauer betonte, „daß sich ein Teil der Verurteilten fast beispiellose Verbrechen zuschulden habe kommen lassen und man nur den Kopf darüber schütteln müsse, wie die Menschen gegenüber einer skrupellosen Agitation anfällig seien“. McCloy habe seine Entscheidungen „auf die verantwortungsvollste und menschlichste Weise“ getroffen. Vgl. den Artikel „Der Kanzler ist empört“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. März 1951, S. 3.

Mit Schreiben vom 6. März 1951 dankte McCloy Adenauer für dessen öffentliche Stellungnahme: „Ich weiß diese Ihre Haltung aufs höchste zu schätzen, bin mir aber auch vollkommen darüber im klaren, daß das Auftauchen solcher Kundgebungen keineswegs bezeichnend für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist. Sie sind einer sehr kleinen Zahl verantwortungsloser Menschen zuzuschreiben.“ Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 2100.

²⁵ Prinzessin Helene Elisabeth von Isenburg, die „Mutter der Gefangenen von Landsberg“ und Vorsitzende des „Arbeitsrings für Wahrheit und Gerechtigkeit“, organisierte Unterschriftensammlungen gegen die Vollstreckung der Todesurteile in Landsberg und setzte sich u. a. bei Papst Pius XII., Präsident Truman, dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy sowie Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss für die Begnadigung der Häftlinge ein.

¹ Entwurf.

Das Schreiben wurde von Generalkonsul II. Klasse a. D. Strohm konzipiert.

Hat Referent Steg am 28. Februar 1951 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Dittmann am 1. März 1951 vorgelegen.

² Für den Wortlaut vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 430.

³ Auf Anordnung der britischen Militärregierung wurde die Insel Helgoland am 12. Mai 1945 geräumt. Am 18. April 1947 begann die Sprengung der Befestigungsanlagen. Die Insel wurde seitdem von britischen Luftstreitkräften als Übungsziel genutzt. Mit Schreiben vom 16. Januar 1950 bat Bun-